

Inhaltsverzeichnis

Benutzerhinweis
Copyright
Adressen und Telefonnummern

1 Verantworten, Führen, Organisieren

1.1 Verantwortung

- 1.1.1 Gemeinsame Verpflichtung
- 1.1.2 Pflichtenübertragungen
- 1.1.3 Leiharbeit (Verträge)
- 1.1.4 Fremdfirmen im Betrieb
- 1.1.5 Sicherheitsbeauftragte
- 1.1.6 Verbesserungsvorschläge der Beschäftigten
- 1.1.7 Beauftragungen und Befähigungsnachweise
- 1.1.8 Ersthelferinnen und Ersthelfer (Übersicht, Bescheinigungen)
- 1.1.9 Verbandbuch
- 1.1.10 Notfallmanagement

1.2 Gefährdungsbeurteilung

- 1.2.1 Hilfsmittel zur Gefährdungsbeurteilung
- 1.2.2 Gefährdungsbeurteilung (Ergebnisse)
- 1.2.3 Sonstiges

1.3 Gesundheit

- 1.3.1 Vorsorgekarteien
- 1.3.2 Ärztliche Bescheinigungen
- 1.3.3 Hautschutzpläne
- 1.3.4 Lärmmessberichte
- 1.3.5 Sonstiges

1.4 Aus- und Fortbildung

- 1.4.1 Unterweisungsnachweise
- 1.4.2 BG-Seminare, Teilnahmebescheinigungen
- 1.4.3 Teilnahmebescheinigungen „Alternative Betreuung“
- 1.4.4 Fahrsicherheitstraining
- 1.4.5 Sonstiges

2 Planen, Beschaffen, Prüfen

2.1 Arbeitsmittel

- 2.1.1 Ergänzungen zum Kaufvertrag (Textvorschlag)
- 2.1.2 Konformitätserklärungen
- 2.1.3 Betriebsanleitungen (Überblick)
- 2.1.4 Betriebsanweisungen für Arbeitsmittel
- 2.1.5 Schweißerlaubnisscheine
- 2.1.6 Befahrerlaubnisscheine
- 2.1.7 Sonstiges

2.2 Gefahrstoffe

- 2.2.1 Sicherheitsdatenblätter
- 2.2.2 Arbeitsstoff- und Gefahrstoff-Verzeichnis
- 2.2.3 Betriebsanweisungen für Gefahrstoffe
- 2.2.4 Messberichte
- 2.2.5 Explosionsschutz

- 2.3 Prüfungen**
 - 2.3.1 Zu prüfende Arbeitsmittel und Betriebseinrichtungen
 - 2.3.2 Prüf- und Wartungsverträge
 - 2.3.3 Verzeichnis der zu prüfenden Arbeitsmittel, Prüfberichte, Prüfbücher
- 2.4 Persönliche Schutzausrüstung (PSA)**
 - 2.4.1 PSA-Auswahl
 - 2.4.2 PSA-Verwaltung

3 Überbetriebliche Partner

- 3.1 Berufsgenossenschaft**
 - 3.1.1 Anmeldung, Unternehmensbeschreibung
 - 3.1.2 Gefahrtarif
 - 3.1.3 Lohnnachweise
 - 3.1.4 Beitragsbescheide
 - 3.1.5 Besichtigungsprotokolle, Vermerke
 - 3.1.6 Messberichte
 - 3.1.7 Unfallmeldungen
 - 3.1.8 BK-Verdachtsanzeigen
 - 3.1.9 Baustellen-Anzeigen
 - 3.1.10 Montageanweisungen
 - 3.1.11 Anmeldung ODIN
 - 3.1.12 Freiwillige Unternehmer-Versicherung
 - 3.1.13 Sonstiges
- 3.2 Gewerbeaufsicht, Staatliche Ämter für Arbeitsschutz**
 - 3.2.1 Besichtigungsprotokolle
 - 3.2.2 Sonstiges
- 3.3 Betriebsärztliche Betreuung**
 - 3.3.1 Vertrag
 - 3.3.2 Tätigkeitsberichte
 - 3.3.3 Schriftverkehr
 - 3.3.4 Sonstige externe Beratung
- 3.4 Sicherheitstechnische Betreuung**
 - 3.4.1 Vertrag
 - 3.4.2 Tätigkeitsberichte
 - 3.4.3 Schriftverkehr
 - 3.4.4 Sonstige externe Beratung

4 Anhang

Hinweis: Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung stets beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit nur die männliche oder weibliche Form steht.

Benutzerhinweis

Der Arbeitsschutz-Organisator ist ein nach Sachgebieten gegliedertes Dokumentationssystem für Formulare, Vordrucke und Schriftverkehr zum Arbeitsschutz. Er unterstützt Sie bei der Verwaltung dieser Dokumente.

Der inhaltlichen Gliederung in drei Hauptgruppen entspricht das Farbregister. Jede Hauptgruppe ist wiederum in Sachgebiete unterteilt, für die es ein eigenes Plastik-Registerblatt gibt. Innerhalb jedes Sachgebietes finden Sie

- farblich abgehobene Trennblätter, die kurze Informationen zu den dahinter abzulegenden Dokumenten enthalten sowie
- Muster bzw. Formularvordrucke, sofern diese für den hier zu dokumentierenden Sachverhalt hilfreich bzw. erforderlich sind.

Der Arbeitsschutz-Organisator erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Basis für die Ablage von Dokumenten sind die konkreten Gegebenheiten im Betrieb.

In einzelnen Fällen kommen Sie deshalb vielleicht zu dem Ergebnis, ein Dokument an anderer Stelle abzulegen. Aber auch dann erfüllt der Arbeitsschutz-Organisator seine Funktion, schnellen und sicheren Zugriff auf wichtige Dokumente zu ermöglichen.

Bei Bedarf können Sie Leerordner über Ihre zuständige Aufsichtsperson nachbestellen.

Den Inhalt des ASO-Ordners sowie alle Formblätter finden Sie zum Download auch auf unserer Homepage www.bghm.de unter dem **Webcode 2923**.

Copyright

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz

Lizenzbedingungen

Bezieher/innen dieses Ordners werden registriert und sind somit berechtigt die Daten persönlich sowohl am Arbeitsplatz als auch im Netzwerk des Mitgliedsbetriebes (z. B. Intranet) kostenfrei einzusetzen.

Eine entgeltliche Veräußerung oder eine andere gewerbliche Nutzung des Ordners bedarf der schriftlichen Einwilligung der BGHM. Die Vervielfältigung oder Verwendung von Inhalten des Ordners in anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers (BGHM) gestattet.

Inhalt des Angebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern seitens des Autors kein nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt.

Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

Urheber- und Kennzeichenrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte zurückzugreifen. Alle innerhalb des Angebotes genannten und ggf. durch Dritte geschützten Marken- und Warenzeichen unterliegen uneingeschränkt den Bestimmungen des jeweils gültigen Kennzeichenrechts und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Allein aufgrund der bloßen Nennung ist nicht der Schluss zu ziehen, dass Markenzeichen nicht durch Rechte Dritter geschützt sind!

Das Copyright für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte in anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Autors gestattet.

Adressen und Telefonnummern

1.1.1 Gemeinsame Verpflichtung zum Arbeitsschutz

Unternehmer/innen, Führungskräfte und Beschäftigte erklären, sich gemeinsam für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen im Betrieb einzusetzen.

Jeder Unfall bedeutet menschliches Leid für die Betroffenen und deren Familien, stört den Betriebsablauf, beeinträchtigt die Qualität, die Zufriedenheit der Kunden und gefährdet damit den Erfolg des Unternehmens.

► Vorschlag: Verpflichtung zum Arbeitsschutz für Klein- und Mittelbetriebe

<i>Firmenlogo</i>	Name der Firma	Dok.-Nr.	
		Seite	1/1
	Gemeinsame Verpflichtung (Kleinbetrieb)	SmS-Nr.	I/1.1.3a

Geschäftsleitung und Beschäftigte erklären gemeinsam, die folgenden Ziele anzustreben:

Gemeinsam wollen wir uns mit allen Kräften für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen in unserem Unternehmen einsetzen, weil jeder Unfall menschliches Leid für die Betroffenen und die Familien bedeutet. Und wir wissen, dass der Ausfall eines Mitarbeiters und Kollegen den Betriebsablauf stört, die Qualität und die Zufriedenheit unserer Kunden beeinträchtigt und den Erfolg des Unternehmens gefährdet. Beste Qualität, optimaler Service, engagierte Mitarbeiter und sichere Arbeitsbedingungen eröffnen uns allen eine vielversprechende Zukunft. Die Unterzeichner sind bereit, die Ziele mit allen geeigneten Mitteln zu verfolgen.

Die Beschäftigten verpflichten sich:	Geschäftsleitung und Führungskräfte verpflichten sich:
<ol style="list-style-type: none"> 1. Maschinen, Geräte und Arbeitsmittel immer bestimmungsgemäß zu verwenden 2. Störungen und Mängel umgehend dem Vorgesetzten zu melden 3. Persönliche Schutzausrüstung stets zu benutzen, falls diese vorgeschrieben oder erforderlich ist 4. Sicherheitswidrige Anweisungen nicht zu befolgen 5. Stets so zu arbeiten, dass Kollegen nicht gefährdet werden 6. Vorschriften und innerbetriebliche Anweisungen zum Arbeitsschutz immer zu befolgen 7. Bei unmittelbar drohender Gefahr die Arbeit einzustellen und den Vorgesetzten zu verständigen 8. Verbesserungen für sichere und gesunde Arbeitsplätze vorzuschlagen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Als positives Vorbild zu wirken und keine sicherheitswidrigen Anweisungen zu erteilen 2. Gefährdungen zu ermitteln, technische Maßnahmen zu bevorzugen und Mitarbeiter umfassend über Gefahren und Belastungen zu unterweisen 3. Geeignete sichere und geprüfte Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen 4. Geeignete Persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen und auch selbst zu benutzen 5. Bei allen Planungen und Anweisungen die Sicherheitsvorschriften zu beachten 6. Organisatorische Vorkehrungen zu treffen, um bei Notfällen schnelle und bestmögliche Hilfe zu gewährleisten 7. Störungen und Mängel unter Beachtung des Arbeitsschutzes schnellstmöglich zu beseitigen 8. Verbesserungsvorschläge der Mitarbeiter ernst zu nehmen und zügig umzusetzen

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift des/der Beschäftigten

Unterschrift der Geschäftsleitung

- ☐ Kopie in die Personalakte
☐ Kopie an den Verpflichteten

	Erstellt	Geprüft	Freigegeben	Version Nr.
Datum				1.0
Unterschriftskürzel				

SmS_5.0-1; 01_02 Gemeinsame Verpflichtung Leitlinien.doc ; 11.02.2020

<i>Firmenlogo</i>	Name der Firma	Dok.-Nr.	
		Seite	1/1
	Gemeinsame Verpflichtung (Mittelbetrieb)	SmS-Nr.	I/1.1.3a

Geschäftsleitung und Führungskräfte erklären gemeinsam, die folgenden Ziele anzustreben:

Gemeinsam wollen wir uns mit allen Kräften für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen in unserem Unternehmen einsetzen, weil jeder Unfall menschliches Leid für die Betroffenen und die Familien bedeutet. Und wir wissen, dass der Ausfall eines Mitarbeiters und Kollegen den Betriebsablauf stört, die Qualität und die Zufriedenheit unserer Kunden beeinträchtigt und den Erfolg des Unternehmens gefährdet. Beste Qualität, optimaler Service, engagierte Mitarbeiter und sichere Arbeitsbedingungen eröffnen uns allen eine vielversprechende Zukunft. Die Unterzeichner sind bereit, die Ziele mit allen geeigneten Mitteln zu verfolgen.

Die Führungskräfte verpflichten sich:	Geschäftsleitung verpflichtet sich:
<ol style="list-style-type: none"> 1. Als positives Vorbild zu wirken und keine sicherheitswidrigen Anweisungen zu erteilen 2. Den Arbeitsschutz als gleichrangig zu anderen Unternehmenszielen zu behandeln 3. Die übertragenen Sorgfaltspflichten zu erfüllen und die erhaltenen Befugnisse auszuschöpfen 4. Die Arbeitsschutzziele einzuhalten und die Mitarbeiter zur Mitwirkung zu verpflichten 5. Sichere Arbeitsplätze über technische Schutzmaßnahmen zu erreichen und geeignete persönliche Schutzausrüstungen dort zur Verfügung zu stellen, wo technische Schutzmaßnahmen nicht ausreichen 6. Mitarbeiter zum Arbeitsschutz zu unterweisen und sichere Verhaltensweisen der Mitarbeiter einzufordern 7. Bei unmittelbar drohender Gefahr die Arbeit einstellen zu lassen 8. Gefährdungsbeurteilungen unter Beteiligung der Mitarbeiter zu erstellen, zu aktualisieren und sich daraus ergebende Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu veranlassen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Als positives Vorbild zu wirken und keine sicherheitswidrigen Anweisungen zu erteilen 2. Den Arbeitsschutz als gleichrangig zu anderen Unternehmenszielen zu behandeln 3. Die Verantwortungsbereiche und Pflichten der Führungskräfte überschneidungsfrei festzulegen und Ihnen angemessene Befugnisse einzuräumen 4. Jährliche bereichsbezogene Arbeitsschutzziele aufzustellen und diese konsequent zu verfolgen 5. Technischen Schutzmaßnahmen gegenüber organisatorischen und personenbezogenen Maßnahmen Vorrang zu gewähren 6. Führungskräfte zum Arbeitsschutz fortwährend zu qualifizieren und auf die Erreichung der Arbeitsschutzziele zu verpflichten 7. Eine wirksame Arbeitsschutzorganisation zu gewährleisten und zu fördern 8. Die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen durch die Führungskräfte als prospektiven Ansatz im Arbeitsschutz einzufordern

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift der Führungskraft

Unterschrift der Geschäftsleitung

- ☐ Kopie in die Personalakte
☐ Kopie an die Führungskraft

	Erstellt	Geprüft	Freigegeben	Version Nr.
Datum				1.0
Unterschriftskürzel				

SmS_5.0-1; 01_02 Gemeinsame Verpflichtung Leitlinien.doc ; 11.02.2020

<i>Firmenlogo</i>	Name der Firma	Dok.-Nr.	
		Seite	1/1
	Gemeinsame Verpflichtung (Mittelbetrieb)	SmS-Nr.	I/1.1.3a

Führungskräfte und Beschäftigte erklären gemeinsam, die folgenden Ziele anzustreben:

Gemeinsam wollen wir uns mit allen Kräften für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen in unserem Unternehmen einsetzen, weil jeder Unfall menschliches Leid für die Betroffenen und die Familien bedeutet. Und wir wissen, dass der Ausfall eines Mitarbeiters und Kollegen den Betriebsablauf stört, die Qualität und die Zufriedenheit unserer Kunden beeinträchtigt und den Erfolg des Unternehmens gefährdet. Beste Qualität, optimaler Service, engagierte Mitarbeiter und sichere Arbeitsbedingungen eröffnen uns allen eine vielversprechende Zukunft. Die Unterzeichner sind bereit, die Ziele mit allen geeigneten Mitteln zu verfolgen.

Die Führungskräfte verpflichten sich:	Die Beschäftigten verpflichten sich:
<ol style="list-style-type: none"> 1. Als positives Vorbild zu wirken und keine sicherheitswidrigen Anweisungen zu erteilen 2. Den Arbeitsschutz als gleichrangig zu anderen Unternehmenszielen zu behandeln 3. Die übertragenen Sorgfaltspflichten zu erfüllen und die erhaltenen Befugnisse auszuschöpfen 4. Die Arbeitsschutzziele einzuhalten und die Mitarbeiter zur Mitwirkung zu verpflichten 5. Sichere Arbeitsplätze über technische Schutzmaßnahmen zu erreichen und geeignete persönliche Schutzausrüstungen dort zur Verfügung zu stellen, wo technische Schutzmaßnahmen nicht ausreichen 6. Mitarbeiter zum Arbeitsschutz zu unterweisen und sichere Verhaltensweisen der Mitarbeiter einzufordern 7. Bei unmittelbar drohender Gefahr die Arbeit einstellen zu lassen 8. Gefährdungsbeurteilungen durch Beteiligung der Mitarbeiter zu erstellen, zu aktualisieren und sich daraus ergebende Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu veranlassen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Als positives Vorbild für andere Mitarbeiter und Auszubildende zu wirken und kein sicherheitswidriges Verhalten zu zeigen 2. Sicherheitswidrige Anweisungen der Führungskräfte der Geschäftsführung zu melden und diese nicht zu befolgen 3. Die Führungskräfte bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung zum Arbeitsschutz zu unterstützen 4. Verbesserungen im Arbeitsschutz durch konkrete Ideen vorzuschlagen 5. Technischen Schutzmaßnahmen nicht zu manipulieren, Arbeitsmittel bestimmungsgemäß zu verwenden und persönliche Schutzausrüstungen konsequent zu nutzen 6. Die in den Unterweisungen vereinbarten sicheren Verhaltensweise konsequent anzuwenden 7. Bei unmittelbar drohender Gefahr die Arbeit zu unterbrechen und den Vorgesetzten einzuschalten 8. Bei der Erstellung und Aktualisierung von Gefährdungsbeurteilungen mitzuwirken

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift der Führungskraft

Unterschrift des/der Beschäftigten

- ☐ Kopie in die Personalakte
☐ Kopie an die Führungskraft

	Erstellt	Geprüft	Freigegeben	Version Nr.
Datum				1.0
Unterschriftskürzel				

SmS_5.0-1; 01_02 Gemeinsame Verpflichtung Leitlinien.doc ; 11.02.2020

1.1.2 Pflichtenübertragungen

Unternehmer/innen sind für den Arbeitsschutz (Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten) im Unternehmen verantwortlich. Die sich daraus ergebenden Pflichten können sie teilweise ihren Beschäftigten übertragen; sie bleiben jedoch immer für die Aufsicht und Kontrolle verantwortlich.

Mit der Pflichtenübertragung werden zuverlässige und fachkundige Beschäftigte des Betriebes mit der Wahrnehmung von Arbeitsschutzaufgaben in eigener Verantwortung beauftragt. Sie erfolgt schriftlich. In ihr werden der Verantwortungsbereich und die Entscheidungskompetenz geregelt.

► Formblatt: Pflichtenübertragung

Pflichtenübertragung (Ergänzung zum Arbeitsvertrag)

Hiermit übertragen wir gemäß § 13 Abs. 2 Arbeitsschutzgesetz und § 13 DGVV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“

Frau/Herr^{*)}

für den Verantwortungsbereich

folgende dem Arbeitgeber hinsichtlich des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung obliegenden Pflichten.

1. Aufgaben

Frau/Herr^{*)} hat im Rahmen ihrer/seiner^{*)} betrieblichen und finanziellen Kompetenzen in eigener Verantwortung insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ die Gefährdungsbeurteilung unter Beteiligung der betroffenen Beschäftigten durchgeführt und fortgeschrieben wird,
- ☐ die Beschäftigten vor Arbeitsbeginn, zyklisch wiederkehrend und bei besonderen Ereignissen über die Gefährdungen am Arbeitsplatz und über die erforderlichen Schutzmaßnahmen informiert werden,
- ☐ ausschließlich sichere und geeignete Arbeitsmittel zum Einsatz kommen,
- ☐ notwendige persönliche Schutzausrüstungen angeschafft bzw. zur Verfügung gestellt, regelmäßig auf Funktionsfähigkeit überprüft und entsprechend den Vorgaben von den Beschäftigten eingesetzt und getragen werden,
- ☐ festgestellte Sicherheitsmängel unverzüglich beseitigt bzw. entsprechende Informationen und Maßnahmen zu deren Beseitigung eingeleitet werden,
- ☐ für den zuständigen Bereich Anweisungen (z. B. zu Maschinen und Gefahrstoffen) erstellt werden, die betroffenen Beschäftigten hierin unterwiesen und ihre Anwendung und Umsetzung kontrolliert werden,
- ☐ eine wirksame Notfallorganisation (Erste Hilfe, Brandschutz und Evakuierung) sichergestellt wird, erforderliches Personal (z. B. Ersthelfer/innen) bestellt ist und für dessen ordnungsgemäße Aus- und Fortbildung gesorgt wird,
- ☐ Sicherheitsbeauftragte gemäß der DGVV Vorschrift 1 der Unfallversicherungsträger bestellt sind und aus- und fortgebildet sind,
- ☐ arbeitsmedizinische Untersuchungen oder sonstige arbeitsmedizinische Maßnahmen veranlasst werden,
- ☐

2. Befugnisse

Frau/Herr^{*)} ist befugt, zur Erfüllung ihrer/seiner^{*)} vorstehenden Aufgaben (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ verbindliche Weisungen gegenüber den unterstellten Beschäftigten zu erteilen,
- ☐ notwendige Anschaffungen (z. B. persönliche Schutzausrüstungen) bis zu einem Kostenaufwand von insgesamt Euro pro Jahr zu tätigen.
- ☐ Sofern Anschaffungen über die o. a. Summe hinaus notwendig sind, ist unverzüglich Frau/Herr^{*)} zu informieren, die/der dann die entsprechende Entscheidung zu treffen hat.

3. Fortbildung

Frau/Herr^{*)} ist verpflichtet, sich über den aktuellen Inhalt der für ihren/seinen^{*)} Aufgabenbereich einschlägigen Rechtsvorschriften zu informieren.

Sie/Er^{*)} wird dabei insbesondere von der Fachkraft für Arbeitssicherheit, dem Betriebsarzt und dem -Beauftragten unterstützt.

Das Unternehmen stellt sicher, dass sich Frau/Herr^{*)} das für obige Aufgaben notwendige aktuelle Wissen aneignen kann: beispielsweise durch den Besuch von Lehrgängen (z. B. der Unfallversicherungsträger), Fachveranstaltungen und Messen (z. B. Arbeitsschutzmessen).

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Arbeitgebers

.....
Unterschrift des/r Verpflichteten

Eine Ausfertigung dieser Pflichtenübertragung wird dem Verpflichteten ausgehändigt.

^{*)} Nichtzutreffendes streichen

1.1.3 Leiharbeit (Verträge)

Leiharbeiter sind Beschäftigte eines anderen Unternehmens (Verleiher), die in Ihrem Unternehmen für Sie (Entleiher) tätig werden.

Zum Schutz dieser Beschäftigten sind Besonderheiten der Verantwortung vom entleihenden und verleihenden Unternehmen zu beachten:

- Als Entleiher müssen Sie die zu verrichtende Tätigkeit genau beschreiben und dementsprechende Anforderungen an das gewünschte Leiharbeitspersonal formulieren.
- Das verleihende Unternehmen seinerseits ist verpflichtet, zu verleihende Beschäftigte sorgfältig entsprechend der von Ihnen beschriebenen Tätigkeit auszuwählen.

Eine Vereinbarung mit Konkretisierung möglicher Schnittstellen als Ergänzung der Verträge mit Leiharbeitsunternehmen schafft Rechtssicherheit.

► Vorschlag: Vereinbarung zum Arbeitsschutz als Vertragsergänzung bei der Arbeitnehmerüberlassung

Vereinbarung zum Arbeitsschutz

(Bestandteil des Arbeitnehmerüberlassungsvertrages)

Die Tätigkeit von Zeitarbeitspersonal (Leiharbeitspersonal) unterliegt den für den Kunden (Entleiher) geltenden öffentlichen-rechtlichen Vorschriften des Arbeitsschutzrechtes. Die sich hieraus ergebenden Pflichten für den Arbeitgeber obliegen dem Kunden (Entleiher) unbeschadet der Pflichten des Zeitarbeitsunternehmens (Verleiher), vgl. § 11 Abs. 6 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG).

Die nachfolgenden Vereinbarungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz gelten für den/die Mitarbeiter/in:

Frau/Herr:

Qualifikation/Tätigkeit:

Beschreibung/Charakterisierung der Tätigkeit:

Einsatzort:

Einsatzdauer:

1. Persönliche Schutzausrüstung (PSA). Für die o. a. Tätigkeit ist folgende PSA erforderlich:

Gestellung durch:	Zeitarbeitsunternehmen (Verleiher)	Kunde (Entleiher)
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Einrichtungen und Maßnahmen der Ersten Hilfe werden vom Kunden bzw. der Kundin (Entleiher/in) sichergestellt.

3. Arbeitsmedizinische Vorsorge. Für die o. a. Tätigkeit sind folgende arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen erforderlich:

veranlasst:	Zeitarbeitsunternehmen (Verleiher)	Kunde (Entleiher)
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Sicherheitstechnische Einweisung am Tätigkeitsort. Der Kunde (Entleiher) unterrichtet den Zeitarbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) vor Beginn der Beschäftigung und bei Veränderungen in seinem Arbeitsbereich über Gefahren für Sicherheit und Gesundheit, denen er bei der Arbeit ausgesetzt sein kann und über Maßnahmen und Einrichtungen zur Abwehr dieser Gefahren.

Der Kunde (Entleiher) unterrichtet den bzw. die Zeitarbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) zusätzlich über die Notwendigkeit besonderer Qualifikationen oder beruflicher Fähigkeiten oder einer besonderen ärztlichen Überwachung sowie über besondere Gefahren des Arbeitsplatzes (§ 11 Abs. 6 AÜG).

Zuständig ist Frau/Herr

Tel.-Nr.

5. Arbeitsunfall. Der Kunde (Entleiher) verpflichtet sich, einen Arbeitsunfall dem Zeitarbeitsunternehmen (Verleiher) sofort zu melden. Ein meldepflichtiger Arbeitsunfall ist gemeinsam zu untersuchen.

Unterschrift Kunde

Unterschrift Zeitarbeitsunternehmen

Quelle: Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen e.V., Bonn

1.1.4 Fremdfirmen im Betrieb

Bei der Auftragserledigung durch Fremdfirmen im Betrieb des Auftraggebers können sich neue oder veränderte Gefährdungen ergeben.

Beschäftigte aus Fremdfirmen müssen sich sehr schnell auf die neue Arbeitsumgebung, neue Arbeitsbedingungen und -abläufe einstellen. Vielfach sind Anforderungen, die sich aus den betrieblichen Verhältnissen ergeben, nicht bekannt. Die Folge ist ein erhöhtes Unfall- und Gesundheitsrisiko.

Damit sich Beschäftigte verschiedener Arbeitgeber an der gleichen Arbeitsstelle nicht gegenseitig gefährden oder behindern, ist vor Arbeitsaufnahme eine gegenseitige Koordinierung, ggf. unter Einbeziehung einer aufsichtführenden Person, notwendig.

► Formblatt: Auftragsspezifische Einweisung/Unterweisung für
Werkvertragsarbeiten

Auftragsspezifische Einweisung/Unterweisung für Werkvertragsarbeiten

(für das gesamte Blatt gilt: Zutreffendes ☒)

zu Auftrag (Nr.): Firma:

zur Durchführung folgender Arbeiten:

Ort der Arbeiten:

I Grundsätzliches:

Allgemeine Sicherheitshinweise erhalten	<input type="checkbox"/>	Protokoll der Erstunterweisung liegt vor	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------	--	--------------------------

II Gefährliche Arbeiten:

Arbeiten in engen Räumen (Erlaubnisschein erforderlich, BG-Vordruck verwenden)	<input type="checkbox"/>	Arbeiten in brandgefährdeten Bereichen (Erlaubnisschein erforderlich, BG-Vordruck verwenden)	<input type="checkbox"/>
Arbeiten mit Gefahrstoffen	<input type="checkbox"/>	Bauarbeiten/Montagen/Demontagen	<input type="checkbox"/>
Spezielle Sicherheitsmaßnahmen (siehe Nr. IV)	<input type="checkbox"/>	Montageanweisung erforderlich/vorhanden	<input type="checkbox"/>
Alleinarbeit	<input type="checkbox"/>	Montageanweisung an BG erforderlich/vorhanden	<input type="checkbox"/>

III Besondere Gefährdungen/besondere Vorkehrungen:

1. Koordinationspflichten		4. Elektrische Gefährdungen	
1.1 Selbstkoordination mit anderen Fremdfirmen	<input type="checkbox"/>	4.1 Elektrofachkraft hinzuziehen/anfordern	<input type="checkbox"/>
1.2 Unterweisung von Subunternehmen	<input type="checkbox"/>	4.2 Maschine/Anlage vor Arbeitsbeginn abschalten (5 Sicherheitsregeln beachten)	<input type="checkbox"/>
2. Anlagen		4.3 Kabelverlegung prüfen (Elektrofachkraft)	<input type="checkbox"/>
2.1 Anlagen(teile) außer Betrieb nehmen	<input type="checkbox"/>	4.4 Baustellenverteiler erforderlich	<input type="checkbox"/>
2.2 Umweltrelevante Anlage	<input type="checkbox"/>	4.5 Arbeiten in der Nähe spannungsführender Teile	<input type="checkbox"/>
2.3 Erprobung von Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	5. Gefahrstoffe	
2.4 Verlegung der Versorgungsleitungen prüfen (Information über Fachstelle)	<input type="checkbox"/>	5.1 Freigabe erforderlich	<input type="checkbox"/>
2.5 Reinigen von Anlagen	<input type="checkbox"/>	5.2 Betriebsanweisung beachten	<input type="checkbox"/>
2.6 Benachbarte Anlagen schützen	<input type="checkbox"/>	5.3 Entsorgungsvorschriften beachten	<input type="checkbox"/>
3. Montage/Demontage/Baustelle		5.4 Dieselrußemissionen	<input type="checkbox"/>
3.1 Montageanweisung erstellen	<input type="checkbox"/>	5.5 Asbest	<input type="checkbox"/>
3.2 Verwendung von Leitern/Gerüsten	<input type="checkbox"/>	6. Persönliche Schutzausrüstung (ggf. nicht Zutreffendes streichen)	
3.3 Maßnahmen gegen Absturz erforderlich	<input type="checkbox"/>	6.1 Sicherheitsschuhe, Handschuhe	<input type="checkbox"/>
3.4 Nicht begehbare Decken	<input type="checkbox"/>	6.2 Gehörschutz	<input type="checkbox"/>
3.5 Arbeitsbereich absperren/sichern	<input type="checkbox"/>	6.3 Anseilen, Halte-, Auffang-, Rettungsgurt	<input type="checkbox"/>
3.6 Absturzstelle sichern (Gruben/Öffnung)	<input type="checkbox"/>	6.4 Atemschutz	<input type="checkbox"/>
3.7 Eigene Fahrzeuge (Stapler etc.)	<input type="checkbox"/>	6.5 Helmschutz	<input type="checkbox"/>
		6.6 Sonstige PSA (siehe unter 3.)	<input type="checkbox"/>

IV Spezielle Sicherheitsmaßnahmen erforderlich: (nicht in 3. enthalten oder Ergänzung zu 3.)

.....
.....

V Zutreffende Betriebsanweisungen wurden übergeben: ja ☐ nein ☐

VI Unterschriften:

Auftraggeber/in:

Auftragnehmer/in:

Datum:

1.1.5 Sicherheitsbeauftragte

Sicherheitsbeauftragte unterstützen den Unternehmer bzw. betriebliche Vorgesetzte bei der Durchführung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Sie sind ehrenamtlich im Arbeitsschutz tätige Beschäftigte „vor Ort“ und

- machen ihre Kolleginnen und Kollegen auf Unfall- und Gesundheitsgefahren aufmerksam,
- überzeugen sich regelmäßig vom Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Benutzung von Schutzeinrichtungen und persönlicher Schutzausrüstung und
- informieren den Unternehmer bzw. die Vorgesetzten über festgestellte Mängel.

Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten müssen einen Sicherheitsbeauftragten bestellen, empfehlenswert ist dies jedoch auch bei geringerer Beschäftigtenzahl.

Die Berufsgenossenschaft Holz und Metall bietet ein gezieltes Aus- und Fortbildungsprogramm für Sicherheitsbeauftragte an, in denen sie ihr notwendiges Wissen erhalten.

► Formblatt: Bestellung zum/zur Sicherheitsbeauftragten

Bestellung zum/zur Sicherheitsbeauftragten

(§ 22 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch [SGB VII], § 20 Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“ [DGUV Vorschrift 1])

Herr/Frau

wird für den Betrieb / die Abteilungen

des Unternehmens

(Name und Anschrift der Firma)

zum/zur Sicherheitsbeauftragten ernannt.

Zu den Aufgaben des/der Sicherheitsbeauftragten gehört es, insbesondere

- den Unternehmer oder dessen Vertreter bei der Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu unterstützen,
- sich vom Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen und persönlichen Schutzausrüstungen zu überzeugen,
- auf Unfall- und Gesundheitsgefahren für die Versicherten aufmerksam zu machen.

Der/die Sicherheitsbeauftragte darf wegen der Erfüllung der ihm/ihr übertragenen Aufgaben nicht benachteiligt werden.

Ort/Datum

Unterschrift Unternehmer/in

Unterschrift Sicherheitsbeauftragte/r

1.1.6 Verbesserungsvorschläge der Beschäftigten

Verbesserungsvorschläge der Beschäftigten können die Produktivität erhöhen, die Arbeit sicherer machen, die Gesundheit schützen und die Arbeitszufriedenheit erhöhen.

Die Beschäftigten kennen die Arbeit, die sie tagtäglich verrichten, selbst am besten. Nutzen Sie deshalb dieses Potenzial.

Ermuntern Sie Ihre Beschäftigten, sich Gedanken zur Verbesserung ihrer Arbeit zu machen.

Fördern Sie Verbesserungsvorschläge durch Lob und Anerkennung, vielleicht auch durch Geld- und Sachprämien bis hin zu Aufstiegschancen im Unternehmen.

► Formblatt: Verbesserungsvorschlag zum Arbeitsschutz

Verbesserungsvorschlag zum Arbeitsschutz

von:

an Herrn/Frau:

Unternehmer/in / Vorgesetzte/r

Beschreibung des IST-Zustandes:

Beschreibung der Verbesserungsmöglichkeit(en):

Datum:

Unterschrift:

Ergebnis der Bewertung:

Rückmeldung an den Beschäftigten am:

durch:

Unterschrift:

1.1.7 Beauftragungen und Befähigungsnachweise

Für bestimmte Tätigkeiten dürfen nur geeignete und besonders ausgebildete Personen eingesetzt werden, die ihre Befähigung nachgewiesen haben.

Über das Vorhandensein von Befähigungsnachweisen hinaus ist bei Tätigkeiten wie z. B.

- Führen von Gabelstaplern,
- Bedienen von Kranen,
- Bedienen von Hubarbeitsbühnen

eine Beauftragung, ggf. auch schriftlich, erforderlich.

- ▶ Muster: Beauftragung Gabelstaplerfahrer
- ▶ Muster: Beauftragung Kranführer
- ▶ Muster: Beauftragung Hubarbeitsbühne
- ▶ Muster: Fahrerausweis Flurförderzeuge
- ▶ Muster: Befähigungsnachweis für Kranführer

Unternehmen

Schriftliche Beauftragung von Gabelstaplerfahrern

gemäß § 7 UVV „Flurförderzeuge“ (DGUV Vorschrift 68)

Herr/Frau _____ geb.: _____

Wohnort: _____

wird in vorstehend genanntem Unternehmen mit dem selbsttätigen Führen von Gabelstaplern auf dem Firmengelände beauftragt.

Die Beauftragung gilt für folgende/n Gabelstapler:

Hersteller	Typ
_____	_____
_____	_____

Er/Sie hat seine/ihre Befähigung zum Führen der/des vorstehend genannten Gabelstapler/s gemäß § 7 Absatz 1 DGUV Vorschrift 68 „Flurförderzeuge“ gegenüber dem Unternehmer nachgewiesen.

Die erforderliche Ausbildung erfolgte durch _____

_____	_____	_____
Ort/Datum	Unternehmer/in	Gabelstaplerfahrer/in

Unternehmen

Schriftliche Beauftragung von Kranführern

gemäß § 29 UVV „Krane“ (DGUV Vorschrift 52)

Herr/Frau _____ geb.: _____

Wohnort: _____

wird in vorstehend genanntem Unternehmen als Kranführer/in mit dem selbstständigen Führen von Kranen beauftragt.

Die Beauftragung gilt für folgenden Kran/folgende Krane:

Hersteller	Typ
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Er/Sie hat die Befähigung zum Führen des/der vorstehend genannten Kranes/Krane gegenüber dem Unternehmer nachgewiesen.

Die Unterweisung erfolgte durch

- ☐ Kranführerlehrgang _____
- ☐ außerbetriebliche Schulung bei _____
- ☐ innerbetriebliche Schulung am _____

Ort/Datum

Unternehmer/in

Kranführer/in

Unternehmen

Schriftliche Beauftragung zum Bedienen von Hubarbeitsbühnen

gemäß Kapitel 2.10, Abs. 2.1 der BG-Regel „Betreiben von Arbeitsmitteln“ (DGUV Regel 100-500)

Herr/Frau _____ geb.: _____

Wohnort: _____

wird in vorstehend genanntem Unternehmen mit dem Bedienen von Hubarbeitsbühnen beauftragt.

Die Beauftragung gilt für folgende Hubarbeitsbühne(n):

Hersteller	Typ
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Er/Sie hat die Befähigung zum Bedienen der vorstehend genannten Hubarbeitsbühne/n gemäß Kapitel 2.10, Abs. 2.1 „Betreiben von Hebebühnen“ der BG-Regel „Betreiben von Arbeitsmitteln“ (DGUV Regel 100-500) gegenüber dem Unternehmer nachgewiesen.

Die Unterweisung erfolgte durch _____


_____	_____	_____
Ort/Datum	Unternehmer/in	Beauftragte/r

Fahrerausweis für Flurförderzeuge

Vorlage:

1. ausschneiden (_____)
2. falten (zuerst fett gestrichelte Linie falten) (-----)
3. kleben



 <p>Fahrerausweis für Flurförderzeuge</p>	<p>Regelmäßige Unterweisungen erfolgten am _____</p> <p>Stempel/Unterschrift _____ Datum _____</p> <p>Stempel/Unterschrift _____ Datum _____</p> <p>Stempel/Unterschrift _____ Datum _____</p> <p>Stempel/Unterschrift _____ Datum _____</p>	
<p>Vor- und Zuname _____</p> <p>geboren _____ in _____</p> <p>(Foto)</p> <p>Unterschrift des Inhabers _____</p>	<p>Ausbildung</p> <p>Frau/Herr _____</p> <p>ist entsprechend des BG-Grundsatzes „Auswahl, Ausbildung und Befähigungsnachweis von Gabelstaplern“ (DGUV Grundsatz 308-001) ausgebildet worden und hat die Prüfung in Theorie und Praxis bestanden.</p> <p>Die Ausbildung erfolgte auf _____</p> <p>Gerätetyp: _____</p> <p>Tragfähigkeit: _____</p> <p>Ausbildende Stelle: _____</p> <p>Datum _____ Stempel/Unterschrift _____</p>	<p>Zusatzausbildung</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>Datum _____ Stempel/Unterschrift _____</p> <p>Betriebliche Ausbildung</p> <p>Betrieb: _____</p> <p>Betriebsteil: _____</p> <p>Gerät: _____</p> <p>Datum _____ Stempel/Unterschrift _____</p>
<p>Beauftragung</p> <p>Frau/Herr _____</p> <p>ist beauftragt, in unserem Betrieb /Betriebs- triebsteil _____</p> <p>das Flurförderzeug _____</p> <p>Hersteller/Typ _____</p> <p>zu fahren.</p> <p>Sie/Er ist verpflichtet, die Betriebsanweisungen und die Unfallverhütungsvorschrift „Flurförderzeuge“ (DGUV Vorschrift 68) zu beachten.</p> <p>Datum _____ Stempel/Unterschrift _____</p>		

Anhang 2

Befähigungsnachweis für Kranführer

Bemerkungen:

(Raum für weitere Eintragungen,
z. B. Ausdehnung der Befähigung
nach Ergänzungsprüfungen)

Befähigungsnachweis für Kranführer

(Vor- und Zuname)

(geboren am) (in)

Herr/Frau _____
hat entsprechend des BG-Grundsatzes „Auswahl,
Unterweisung und Befähigungsnachweis von
Kranführern“ (DGUV Grundsatz 309-003) die
Prüfung in Theorie und Praxis für folgende
Kranarten*) bestanden:

(Datum)

(Ausbilder)

Die Beauftragung für das selbstständige Führen von
Kranen kann erst nach entsprechender betrieblicher
Unterweisung an dem jeweiligen Kran ausge-
sprochen werden. Bei ortsveränderlichen kraftbe-
triebenen Kranen muss dies schriftlich erfolgen.

* Benennung entsprechend DIN 15001 Teile 1 u. 2

1.1.8 Ersthelferinnen und Ersthelfer (Übersicht, Bescheinigungen)

Ersthelfer/-innen sind in Erster Hilfe ausgebildete medizinische Laien.

Sie werden mit dem Ziel ausgebildet, bis zum Eintreffen von geschultem Rettungspersonal notwendige Hilfsmaßnahmen durchzuführen.

Die Grundausbildung - neun Unterrichtseinheiten - wird von ermächtigten Stellen durchgeführt und alle zwei Jahre durch eine Fortbildung ergänzt.

Die Lehrgangskosten für die Aus- und Fortbildung tragen bis zu Höchstgrenzen die Berufsgenossenschaften.

► Anmeldung Erste-Hilfe-Ausbildung

► Bestellung Ersthelfer

Abrechnungsformular

für die Aus- und Fortbildung
von betrieblichen Ersthelfenden

- ☐ Ausbildung ☐ Fortbildung
☐ Erste Hilfe in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

Name des Mitgliedsbetriebes Straße / Hausnummer PLZ Ort	Zuständiger Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft, Unfallkasse) Unternehmensnummer (UNR.S, 15 Ziffern)
--	--

Teilnahmeliste			Bestätigung durch die Ausbildungsstelle
Name, Vorname	Geburtstag	Unterschrift	
1			<input type="checkbox"/>
2			<input type="checkbox"/>
3			<input type="checkbox"/>
4			<input type="checkbox"/>
5			<input type="checkbox"/>
6			<input type="checkbox"/>
7			<input type="checkbox"/>
8			<input type="checkbox"/>
9			<input type="checkbox"/>
10			<input type="checkbox"/>

Bestätigung durch das Unternehmen	
Ansprechperson im Unternehmen Name, Vorname: Tel.: E-Mail:	Stempel, Unterschrift Ort, Datum

Bestätigung durch die Ausbildungsstelle	
Abrechenbare Teilnehmerzahl auf diesem Formular	Datum des Lehrgangs
Kennziffer der Ausbildungsstelle	Name der Lehrkraft
Registriernummer des Lehrgangs	Ort des Lehrgangs
Ort, Datum	Anschrift, Unterschrift der Ausbildungsstelle

Version 01/2023

Ersthelfer

(Bestellung gemäß UVV "Grundsätze der Prävention" (BGV A1), Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), EG-Baustellen-Richtlinie (92/57/EWG))

Name, Vorname	Arbeitsbereich	EH-Grundausbildung	EH-Training ^{*)}	EH-Training ^{*)}	EH-Training ^{*)}	Sonderausbildung ^{**)}

In Betrieben von 2 bis zu 20 anwesenden Beschäftigten muss mindestens 1 Ersthelfer anwesend sein.

In Betrieben mit mehr als 20 anwesenden Beschäftigten müssen im Bereich der Verwaltung mindestens 5 % der Beschäftigten und im Bereich der Produktion, Montage, ... mindestens 10 % der Beschäftigten als Ersthelfer ausgebildet und bestellt sein.

^{*)} Nach der Erste-Hilfe-Grundausbildung ist innerhalb von jeweils 2 Jahren eine Fortbildung der Ersthelfer in Form des Erste-Hilfe-Trainings erforderlich.

^{**)} Beim Umgang mit besonderen Stoffen kann eine spezielle Ausbildung der Ersthelfer erforderlich sein. (Fragen Sie Ihren Betriebsarzt.)

Stand: 01.2004

1.1.9 Verbandbuch

Erste-Hilfe-Leistungen und sonstige geringfügige Verletzungen (sog. „Bagatellverletzungen“) werden in einem Verbandbuch vermerkt.

Solche Aufzeichnungen sind wichtig, um bei ggf. später auftretenden Komplikationen nachvollziehen zu können, ob eine Verletzung bei einer beruflichen Tätigkeit entstanden ist.

Verbandbucheintragungen dienen auch dazu, systematisch Gefährdungen aufzudecken und wirksame Schutzmaßnahmen zu treffen.

► Formblatt: Verbandbuch

Verbandbuch

Verbandbuch der Firma:

für den Zeitraum:

Das Verbandbuch wird geführt von:

Nr.	PKZ*)	Vor- u. Zuname des/der Verletzten bzw. Erkrankten	Zeitangabe		Ursache der Verletzung/Erkrankung	Art der Verlet- zung/Erkrankung	Angaben zur Hilfeleistung			Zeugen	Bemerkungen
			Datum	Uhrzeit			Datum	Uhrzeit	Maßnahme		

*) PKZ = Personenkennzeichen

1.1.10 Notfallmanagement

Die Notfallpläne sollen die Beschäftigten in Kurzform über die bei Bränden und Unfällen notwendigen Maßnahmen und Verhaltensweisen informieren.

Die ergänzten Pläne müssen an geeigneter Stelle, z. B. Schwarzes Brett, ausgehängt werden.

► Muster: Notfallpläne - Verhalten bei Unfällen, Verhalten im Brandfall

Muster: Notfallpläne – Verhalten bei Unfällen, Verhalten im Brandfall

Verhalten bei Unfällen

Ruhe bewahren

- 1 Unfall melden**  **Anrufen: 112**
 - Wo** geschah es?
 - Was** geschah?
 - Wie viele** Verletzte?
 - Welche** Arten der Verletzung?
 - Warten** auf Rückfragen!
- 2 Erste Hilfe**
 - Absicherung des Unfallortes
 -  Versorgung der Verletzten
 - Anweisungen beachten
- 3 Weitere Maßnahmen**
 - Rettungskräfte einweisen
 - Schaulustige entfernen

Verhalten im Brandfall

Ruhe bewahren

- 1 Brand melden**  **Anrufen: 112** Feuerwehr
 - sofern nicht automatisch ausgelöst
 - Wer** meldet?
 - Was** ist passiert?
 - Wo** ist es passiert?
 - Wie viele** sind verletzt?
 - Warten** auf Rückfragen!

 **Feuermelder betätigen**
- 2 In Sicherheit bringen**
 - Gefährdete Personen mitnehmen
 - Türen und Fenster schließen
 -  Gekennzeichneten Fluchtwegen folgen
 - Anweisungen befolgen

Sammelplatz:
- 3 Löschversuch unternehmen** 
 - Feuerlöscher bzw. Wandhydrant benutzen



1.2.1 Hilfsmittel zur Gefährdungsbeurteilung

Für die Gesunderhaltung der Beschäftigten sind Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich. Diese ergeben sich im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung. Hierbei werden:

- die konkreten betrieblichen Gefährdungen ermittelt
- das von den Gefährdungen ausgehende Risiko bewertet
- auf das Risiko abgestimmte Schutzmaßnahmen veranlasst
- und deren Wirksamkeit überprüft

Hierdurch wird dem Unternehmen ein Gestaltungsspielraum für betrieblich sinnvolle Maßnahmen im Arbeitsschutz gegeben.

Durch Beteiligung der Beschäftigten bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen können die Gefährdungen besser erkannt und bewertet werden. Nach der Bearbeitung der Unterlagen verfügt das Unternehmen auch über eine sehr gute Grundlage für die Unterweisung der Beschäftigten.

Die Gefährdungsbeurteilung muss dokumentiert und bei Änderung der betrieblichen Verhältnisse angepasst werden. Sie wird im Bedarfsfall (Unfall, Berufskrankheit) von der Aufsichtsbehörde herangezogen und gibt so dem Unternehmer Rechtssicherheit.

Arbeitshilfen zur Gefährdungsbeurteilung finden Sie auch auf den Internetseiten der Berufsgenossenschaft Holz und Metall.

Hilfsmittel:

- Vorgehensweise zur Gefährdungsbeurteilung
 - a) Unternehmen / Erstellungsdatum
 - b) Gefährdungsbeurteilung - Bereichsübersicht
 - c) Klassifikation der Gefährdungen
 - d) Beispiel Gefährdungsmatrix
 - e) Maßnahmenhierarchie
 - f) Arbeitsblatt Gefährdungen und Schutzziele
 - g) GB-Maßnahmenliste

Vorgehensweise zur Gefährdungsbeurteilung

Arbeitsschritte - Hilfsmittel -		
1	Vorbereiten a) Unternehmen/Erstellungsdatum b) Betriebsstruktur	Schritte 2 bis 7 werden in den Arbeitsblättern „Gefährdungen und Schutzziele“ sowie „Maßnahmenliste“ erfasst.
2	Gefährdungen ermitteln c) Klassifikation der Gefährdungsfaktoren	
3	Gefährdungen bewerten d) Hilfe zur Risikoeinschätzung	
4	e) Maßnahmenhierarchie	
5	Maßnahmen umsetzen	
6	Wirksamkeit kontrollieren	
7	Verfahren wiederholen	

Die oben genannten 7 Arbeitsschritte stellen die logische Folge der Erstellung Ihrer Gefährdungsbeurteilung und damit Ihre Vorgehensweise dar. Den jeweiligen Arbeitsschritten sind die Hilfsmittel/Dokumentationshilfen zugeordnet, welche Ihnen die Arbeit erleichtern sollen.

Unternehmen/Erstellungsdatum

Unternehmen/Firmenstempel

Gefährdungsbeurteilung

durchgeführt am/durch:

Datum	Name	Unterschrift

Durch Arbeitgeber/in geprüft und genehmigt

Datum/Unterschrift

Tragen Sie bitte Name und Anschrift Ihrer Firma ein, dokumentieren Sie die Aktualität Ihrer Gefährdungsbeurteilung, prüfen und genehmigen Sie die Gefährdungsbeurteilung und bestätigen Sie dieses mit Ihrer Unterschrift.

Gefährdungsbeurteilung - Bereichsübersicht

Musterbetrieb ...

Allgemein:

Gefährdungen, allgemein

Arbeitsschutzorganisation

Arbeitsstätte, allgemein

Arbeitsbereiche:

Tätigkeit: (an/in/mit)

Führen Sie sich die Struktur Ihres Betriebes vor Augen und tragen Sie diese in das vorliegende Organigramm ein. Denken Sie dabei auch an Arbeitsbereiche wie z. B. Lager, Büro, Baustellen.

Klassifikation der Gefährdungen

Nr. (Klassifikation)	Art der Gefährdung	vorhanden ja
1	Mechanische Gefährdungen	
1.1	ungeschützt bewegte Maschinenteile	<input type="checkbox"/>
1.2	Teile mit gefährlichen Oberflächen	<input type="checkbox"/>
1.3	bewegte Transportmittel, bewegte Arbeitsmittel	<input type="checkbox"/>
1.4	unkontrolliert bewegte Teile	<input type="checkbox"/>
1.5	Sturz, Ausrutschen, Stolpern, Umknicken	<input type="checkbox"/>
1.6	Absturz	<input type="checkbox"/>
2	Elektrische Gefährdungen	
2.1	elektrischer Schlag	<input type="checkbox"/>
2.2	Lichtbögen	<input type="checkbox"/>
2.3	elektrostatische Aufladungen	<input type="checkbox"/>
3	Gefahrstoffe	
3.1	Hautkontakt mit Gefahrstoffen (Feststoffe, Flüssigkeiten, Feuchtarbeit)	<input type="checkbox"/>
3.2	Einatmen von Gefahrstoffen (Gase, Dämpfe, Nebel, Stäube einschl. Rauche)	<input type="checkbox"/>
3.3	Verschlucken von Gefahrstoffen	<input type="checkbox"/>
3.4	Physikalisch-chemische Gefährdungen (z. B. Brand, Explosion, usw.)	<input type="checkbox"/>
4	Biologische Gefährdungen	
4.1	Infektionsgefährdung durch pathogene Mikroorganismen (z. B. Bakterien, Viren)	<input type="checkbox"/>
4.2	sensibilisierende und toxische Wirkungen von Mikroorganismen	<input type="checkbox"/>
5	Brand- und Explosionsgefährdungen	
5.1	brennbare Feststoffe, Flüssigkeiten, Gase	<input type="checkbox"/>
5.2	explosionsfähige Atmosphäre	<input type="checkbox"/>
5.3	Explosivstoffe	<input type="checkbox"/>
6	Thermische Gefährdungen	
6.1	heiße Medien/Oberflächen	<input type="checkbox"/>
6.2	kalte Medien/Oberflächen	<input type="checkbox"/>
7	Gefährdungen durch spezielle physikalische Einwirkungen	
7.1	Lärm	<input type="checkbox"/>
7.2	Ultraschall, Infraschall	<input type="checkbox"/>
7.3	Ganzkörpervibrationen	<input type="checkbox"/>
7.4	Hand-Arm-Vibrationen	<input type="checkbox"/>
7.5	nicht ionisierende Strahlung (z. B. UV-, IR-, Laserstrahlung)	<input type="checkbox"/>
7.6	ionisierende Strahlung (z. B. Röntgenstrahlung, radioaktive Strahlung)	<input type="checkbox"/>
7.7	elektromagnetische Felder	<input type="checkbox"/>
7.8	Unter- oder Überdruck	<input type="checkbox"/>
8	Gefährdungen durch Arbeitsumgebungsbedingungen	
8.1	Klima (z. B. Hitze, Kälte, unzureichende Lüftung)	<input type="checkbox"/>
8.2	Beleuchtung, Licht	<input type="checkbox"/>
8.3	Ertrinken	<input type="checkbox"/>
8.4	unzureichende Flucht- und Verkehrswege, unzureichende Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung	<input type="checkbox"/>
8.5	unzureichende Bewegungsfläche am Arbeitsplatz, ungünstige Anordnung des Arbeitsplatzes, unzureichende Pausen-, Sanitärräume	<input type="checkbox"/>

Nr. (Klassifikation)	Art der Gefährdung	vorhanden ja
9	Physische Belastungen/Arbeitsschwere	
9.1	schwere dynamische Arbeit (z. B. manuelle Handhabung von Lasten)	<input type="checkbox"/>
9.2	einseitige dynamische Arbeit, Körperbewegung (z. B. häufig wiederholte Bewegungen)	<input type="checkbox"/>
9.3	Haltungsarbeit (Zwangshaltung), Haltearbeit	<input type="checkbox"/>
9.4	Kombination aus statischer und dynamischer Arbeit	<input type="checkbox"/>
10	Psychische Faktoren	
10.1	ungenügend gestaltete Arbeitsaufgabe (z. B. überwiegende Routineaufgaben, Über- und Unterqualifikation)	<input type="checkbox"/>
10.2	ungenügend gestaltete Arbeitsorganisation (z. B. Arbeiten unter hohem Zeitdruck, wechselnde und/oder lange Arbeitszeiten, häufige Nachtarbeit)	<input type="checkbox"/>
10.3	ungenügend gestaltete soziale Bedingungen (z. B. fehlende soziale Kontakte, ungünstiges Führungsverhalten, Konflikte)	<input type="checkbox"/>
10.4	ungenügend gestaltete Arbeits- und Arbeitsumgebungsbedingungen (z. B. Lärm, Klima, räumliche Enge, unzureichende Softwaregestaltung)	<input type="checkbox"/>
11	Sonstige Gefährdungen	
11.1	durch Menschen (z. B. Überfall)	<input type="checkbox"/>
11.2	durch Tiere (z. B. gebissen werden)	<input type="checkbox"/>
11.3	durch Pflanzen und pflanzliche Produkte (z. B. sensibilisierende und toxische Wirkungen)	<input type="checkbox"/>

Diese Klassifikation ist die praxisübliche Aufstellung aller möglichen Gefährdungen. Sie ist eine „Checkliste“, die helfen soll, möglichst umfassend Gefährdungen aufzudecken. Schreiben Sie die von Ihnen ermittelten Gefährdungen auf das Arbeitsblatt „Dokumentation der Gefährdungen und Maßnahmen“.

Beispiel Gefährdungsmatrix

WP Wahrscheinlichkeit Personenschaden	Schadenausmaß (physisch/psychisch)				
	ohne Arbeitsausfall	mit Arbeitsausfall	leichter bleibender Schaden III	schwerer bleibender Schaden IV	katastrophal inkl. Tod V
	I	II	III	IV	V
häufig A	1	2	3	4	4
gelegentlich B	1	2	3	3	4
selten C	1	2	2	3	4
unwahrscheinlich D	1	2	2	2	4
praktisch unmöglich E	1	1	1	2	4

Mit diesem Schema ist es möglich, anhand der Kriterien „Schadensausmaß“ (physisch/psychisch) und „Wahrscheinlichkeit“ das Risiko abzustufen und damit die Dringlichkeit von Maßnahmen zu veranschaulichen.

Für eine Nutzung im Arbeitsblatt „Gefährdungen und Schutzziele“ kann das Risiko eingestuft werden in „klein“ (Stufe 1), „mittel“ (Stufe 2) und „groß“ (Stufe 3/ Stufe 4). Sofern z.B. Grenzwerte in staatlichen Verordnungen oder Technischem Regelwerk festgelegt sind, ergibt sich die Einstufung aufgrund ermittelter Expositionen gegenüber physikalischen oder chemischen Einwirkungen direkt aus diesem Regelwerk. Generell gilt das Minimierungsgebot.

Quelle: BGHM-Information 102 „Beurteilen von Gefährdungen und Belastung“, BGHM, 2016, Seite 17

Maßnahmenhierarchie



1. Gefahrenquelle beseitigen / reduzieren



2. sicherheitstechnische Maßnahmen



3. organisatorische Maßnahmen



4. persönliche Schutzausrüstung







5. verhaltensbezogene Maßnahmen

Zur Beseitigung bzw. Verringerung von Gefährdungen sind Maßnahmen erforderlich. Diese Rangfolge ist abgestuft nach der Wirksamkeit der Maßnahmen. Die Verwendung einer Maßnahme schließt aber nicht aus, dass mehrere parallel notwendig sind.

Arbeitsblatt: Gefährdungen und Schutzziele

Betriebsstätte:	Branche:
Betriebsbereich:	Stand:
Arbeitsplatz:	Blatt-Nr.

Ermittelte Gefährdungen (Beschreibung)	Risiko 	Schutzmaßnahme	Handlungsbedarf		Wirksamkeit	
			Wer	Bis wann	Wirksam ab	Wer
.....		<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>				
.....		<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>				
.....		<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>				

Mitgeltende Unterlagen: ☐ Betriebsanweisung ☐ Bedienungsanleitung Wo befinden sich diese:

Beurteilen Sie das Risiko mit den Schutzmaßnahmen, die zum Zeitpunkt der Beurteilung wirksam sind. Einstufung gem. [Gefährdungsmatrix](#) in „klein“ „Symbol Smiley grün“ (Stufe 1), „mittel“ „Symbol Smiley gelb“ (Stufe 2) und „groß“ „Symbol Smiley rot“ (Stufe 3/ Stufe 4)

Maßnahmenliste aus Gefährdungsbeurteilung

Blatt	Schutzziel /Anforderung aus Regelwerk	Maßnahme / Bemerkung	Verantwortlich	Termin	Erledigt	Wirksam *	
						ja	nein
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

** Beurteilen Sie das Erreichen des Schutzzieles, spätestens bei der Überprüfung der Gefährdungsbeurteilung*

Datum der Erstellung / Überprüfung: _____

1.2.2 Gefährdungsbeurteilung (Ergebnisse)

1.2.3 Sonstiges

1.3.1 Vorsorgekarteien

Vorsorgekarteien werden mitarbeiterbezogen geführt.

Sie dienen der Organisation und Dokumentation arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen.

► Formblatt: Arbeitsmedizinische Vorsorge – Vorsorgekartei

Arbeitsmedizinische Vorsorge – Vorsorgekartei

Angaben zur Person der/des Versicherten

Rentenversicherungs-Nr.:

Familienname:

Vorname:

Geburtsname:

Staatsangehörigkeit:

Anschrift:

Arbeitgeber

Mitglieds-Nr. bei der Berufsgenossenschaft:

Name:

Anschrift:

Angaben zum Beschäftigungsverhältnis

Krankenkasse:

Einstellung am: (Tag/Monat/Jahr)

ausgeschieden am: (Tag/Monat/Jahr)

Gefahrstoff oder gefährdende Tätigkeit:	Gefahrstoff oder gefährdende Tätigkeit:	Gefahrstoff oder gefährdende Tätigkeit:
Arbeitsbereich oder Art der Tätigkeit:	Arbeitsbereich oder Art der Tätigkeit:	Arbeitsbereich oder Art der Tätigkeit:
Beginn/Ende dieser Tätigkeit:	Beginn/Ende dieser Tätigkeit:	Beginn/Ende dieser Tätigkeit:

Angaben zu früheren Beschäftigungsverhältnissen

Gefahrstoff oder gefährdende Tätigkeit:	Gefahrstoff oder gefährdende Tätigkeit:	Gefahrstoff oder gefährdende Tätigkeit:
Arbeitsbereich oder Art der Tätigkeit:	Arbeitsbereich oder Art der Tätigkeit:	Arbeitsbereich oder Art der Tätigkeit:
Beginn/Ende dieser Tätigkeit:	Beginn/Ende dieser Tätigkeit:	Beginn/Ende dieser Tätigkeit:

Angaben zur Arbeitsmedizinischen Vorsorge

Unter- suchungs- datum	Pflicht- vorsorge	Angebots- vorsorge	Grund- satz	Nächster Termin	Name und Anschrift des untersuchenden Arztes	Einge- tragen von
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
Bemerkungen:						

1.3.2 Ärztliche Bescheinigungen

Beim Umgang mit Gefahrstoffen und bei gefährdenden Tätigkeiten sind im Interesse der Gesunderhaltung der Beschäftigten in vorgeschriebenen Fällen spezielle arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen erforderlich.

Diese Vorsorgeuntersuchungen werden von Betriebsärzten durchgeführt.

Sie stellen über die durchgeführten Untersuchungen ärztliche Bescheinigungen aus, die der Unternehmer aufbewahren muss.

► Muster: Muster einer Vorsorgebescheinigung

4 Muster einer Vorsorgebescheinigung

[ggf. Kopfbogen des Arztes oder der Ärztin im Sinne des § 7 ArbMedVV]

Vorsorgebescheinigung
nach § 6 Absatz 3 Nummer 3 der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge

für Herrn/Frau

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Privatanschrift: _____

beschäftigt bei

Anschrift des
Arbeitgebers: _____

ggf. Personalnr.: _____

Arbeitsmedizinische Vorsorge am: _____

Anlass*	Art (Pflicht/Angebot/ Wunsch)	Nächster Termin**
1.		
2.		
...		

* eindeutige Nennung der Tätigkeit (bei Pflicht/Angebot Anhang ArbMedVV maßgeblich)

** Datum (Monat/ Jahr); n.n. = nicht notwendig

Unterschrift

[ggf. Stempel des
Arztes oder der Ärztin
im Sinne des § 7
ArbMedVV; ggf.
Zusatz „Im Auftrag“]

1.3.3 Hautschutzpläne

Bei hautgefährdenden Tätigkeiten ist u. a. die Verwendung von aufeinander abgestimmten Hautschutzpräparaten erforderlich.

Die Verwendung von Hautschutzpräparaten ist in Abhängigkeit von den eingesetzten Arbeitsstoffen in den Hautschutzplänen vorgegeben.

► Muster: Hautschutzpläne

Hautschutzplan A:

Wassermischbare Arbeitsstoffe

für Tätigkeiten mit wassergelösten und wassergemischten Stoffen wie Kühlschmierstoffen, Wasser-Basislacken, Reinigern etc.

	Hautschutzmittel	Hautreinigungsmittel	Hautpflegemittel
Hersteller	Präparate	Präparate	Präparate

- Hautschutzmittel sollen vor Arbeitsbeginn und nach jedem Händewaschen auf die saubere Haut – zuerst auf den Handrücken – aufgetragen und besonders sorgfältig zwischen den Fingern und an den Nagelfalzen eingerieben werden.
- Zur Hautreinigung sollen Reinigungsmittel verwendet werden, die auf den Grad der Verschmutzung abgestimmt sind.
- Nach der Arbeit ist zur Regenerierung der Haut ein zum Hauttyp passendes Pflegemittel aufzutragen.

Hautschutzplan B:

Nichtwassermischbare Arbeitsstoffe

für Tätigkeiten mit wasserunlöslichen Stoffen wie Ölen und Fetten etc.

	Hautschutzmittel	Hautreinigungsmittel	Hautpflegemittel
Hersteller	Präparate	Präparate	Präparate

- Hautschutzmittel sollen vor Arbeitsbeginn und nach jedem Händewaschen auf die saubere Haut – zuerst auf den Handrücken – aufgetragen und besonders sorgfältig zwischen den Fingern und an den Nagelfalzen eingerieben werden.
- Zur Hautreinigung sollen Reinigungsmittel verwendet werden, die auf den Grad der Verschmutzung abgestimmt sind.
- Nach der Arbeit ist zur Regenerierung der Haut ein zum Hauttyp passendes Pflegemittel aufzutragen.

Hautschutzplan C:

Stark haftende und verschmutzende nichtwassermischbare Arbeitsstoffe

für Tätigkeiten mit wasserunlöslichen Stoffen wie z. B. Lacken, Harzen, Klebstoffen, Teer, Graphit, Metallstäuben und Schmierölen.

	Hautschutzmittel	Hautreinigungsmittel	Hautpflegemittel
Hersteller	Präparate	Präparate	Präparate

- Hautschutzmittel sollen vor Arbeitsbeginn und nach jedem Händewaschen auf die saubere Haut – zuerst auf den Handrücken – aufgetragen und besonders sorgfältig zwischen den Fingern und an den Nagelfalzen eingerieben werden.
- Zur Hautreinigung sollen Reinigungsmittel verwendet werden, die auf den Grad der Verschmutzung abgestimmt sind.
- Nach der Arbeit ist zur Regenerierung der Haut ein zum Hauttyp passendes Pflegemittel aufzutragen.

Hautschutzplan D:

Wechselnde Arbeitsstoffe

für Tätigkeiten mit wechselnden (wasserlöslichen und wasserunlöslichen) Arbeitsstoffen.

	Hautschutzmittel	Hautreinigungsmittel	Hautpflegemittel
Hersteller	Präparate	Präparate	Präparate

- Hautschutzmittel sollen vor Arbeitsbeginn und nach jedem Händewaschen auf die saubere Haut – zuerst auf den Handrücken – aufgetragen und besonders sorgfältig zwischen den Fingern und an den Nagelfalzen eingerieben werden.
- Zur Hautreinigung sollen Reinigungsmittel verwendet werden, die auf den Grad der Verschmutzung abgestimmt sind.
- Nach der Arbeit ist zur Regenerierung der Haut ein zum Hauttyp passendes Pflegemittel aufzutragen.

Hautschutzplan E:

Tragen von flüssigkeitsdichten Handschuhen

Beim Tragen von flüssigkeitsdichten Schutzhandschuhen können Hautschutzmittel verwendet werden, die einer Hauterweichung bzw. Quellung der Haut entgegenwirken.

	Hautschutzmittel	Hautreinigungsmittel	Hautpflegemittel
Hersteller	Präparate	Präparate	Präparate

- Hautschutzmittel sollen vor Arbeitsbeginn und nach jedem Händewaschen auf die saubere Haut – zuerst auf den Handrücken – aufgetragen und besonders sorgfältig zwischen den Fingern und an den Nagelfalzen eingerieben werden.
- Zur Hautreinigung sollen Reinigungsmittel verwendet werden, die auf den Grad der Verschmutzung abgestimmt sind.
- Nach der Arbeit ist zur Regenerierung der Haut ein zum Hauttyp passendes Pflegemittel aufzutragen.

Hautschutzplan F:

UV-Belastungen

Bei natürlichen UV-Belastungen schützen Hautschutzmittel mit einer Schutzwirkung gegen UVA-/UVB-Strahlung. Beim Schweißen sind Hautschutzmittel zu verwenden, die zusätzlich gegen UVC-Strahlung schützen.

	Hautschutzmittel	Hautreinigungsmittel	Hautpflegemittel
Hersteller	Präparate	Präparate	Präparate

- Hautschutzmittel sollen vor Arbeitsbeginn und nach jedem Händewaschen auf die saubere Haut – auf die gegenüber UV-Belastungen exponierten Stellen aufgetragen werden.
- Zur Hautreinigung sollen Reinigungsmittel verwendet werden, die auf den Grad der Verschmutzung abgestimmt sind.
- Nach der Arbeit ist zur Regenerierung der Haut ein zum Hauttyp passendes Pflegemittel aufzutragen.

1.3.4 Lärmessberichte

Ihre Berufsgenossenschaft verfügt über einen messtechnischen Dienst, der auf Anforderung über die Aufsichtsperson tätig wird. Kosten entstehen Ihnen dabei nicht.

Die Messergebnisse werden Ihnen zugestellt oder von der Aufsichtsperson persönlich im Betrieb vorgestellt und erläutert.

1.3.5 Sonstiges

1.4.1 Unterweisungsnachweise

Unterweisungen zielen darauf ab, die Beschäftigten in ihrem Sicherheits- und Gesundheitsbewusstsein zu fördern und zu festigen und entsprechend ihren Handlungsspielräumen zu sicherem Handeln anzuleiten.

Unterweisungen werden u. a. durchgeführt

- vor Aufnahme einer neuen Tätigkeit,
- aus besonderen Anlässen,
- regelmäßig mindestens einmal jährlich.

Die Unterweisungen sind auch zur Rechtssicherheit der Verantwortlichen zu dokumentieren.

► Formblatt: Unterweisungsnachweis

Unterweisungsnachweis

- ☐ Erstunterweisung/Arbeitsplatzwechsel
- ☐ Regelmäßige Unterweisung
- ☐ Unterweisung aus besonderem Anlass
- ☐ Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten (§ 14 GefStoffV)
- ☐ gem. § 29 Jugendarbeitsschutzgesetz

Name(n) des/der Unterweisenden

Firma: _____

Ort d. Unterweisung: _____

Datum, Uhrzeit: _____

Inhalte der Unterweisung *)

Tätigkeit/Thema: _____

Gefährdungen: _____

Schutzmaßnahmen: _____

*) ggf. benutzte Unterlagen wie Gefährdungsbeurteilung, Betriebsanweisungen, Checklisten für Kurzunterweisungen benennen

Name und Unterschrift der Teilnehmenden

Name, Vorname

Unterschrift

Name, Vorname

Unterschrift

Bemerkungen: _____

Unterweisende/r / Unternehmer/in

1.4.2 BG-Seminare, Teilnahmebescheinigungen

Zur Unterstützung betrieblicher Arbeitsschutzaktivitäten bietet Ihre Berufsgenossenschaft ein umfangreiches Aus- und Fortbildungsprogramm an.

Es richtet sich an eine Vielzahl von Zielgruppen und umfasst ein breites Spektrum von Fachseminaren. Die Seminarkosten sowie die Kosten für Unterbringung, Verpflegung, An- und Abreise trägt Ihre Berufsgenossenschaft.

Das Seminarangebot steht allen Mitgliedsbetrieben offen. Nutzen auch Sie es für sich und Ihre Beschäftigten.

1.4.3 Teilnahmebescheinigungen „Alternative Betreuung“

1.4.4 Fahrsicherheitstraining

Die Berufsgenossenschaften unterstützen Maßnahmen zur Reduzierung von Wegeunfällen. Hierzu gehören u. a. Fahrsicherheitstrainings.

Die BGHM trägt alle zwei Jahre die Kosten des Fahrsicherheitstrainings für jeden Teilnehmenden – vorausgesetzt, der Trainingsanbieter ist von der BGHM zugelassen.

Weitere Informationen finden Sie unter dem Webcode **500** oder **4217**.

Zur Abstimmung von organisatorischen Fragen setzen Sie sich bitte mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Verbindung.

Telefon: 06131 802-10999

Telefax: 06131 802-20999

E-Mail: sicherheitstraining@bghm.de

Formular: Antrag zum Fahrsicherheitstraining

Antrag zum Fahrsicherheitstraining



Antrag auf Kostenübernahme eines Fahrsicherheitstrainings gemäß BGHM-Ausschreibung

Der Antrag muss **vor** dem Trainingsbeginn bei der BGHM vorliegen.

Bitte leserlich ausfüllen!

Unternehmensnummer:	<input type="text"/>	
Firma:	<input type="text"/>	
Kontaktperson:	Wählen Sie ein Element aus.	<input type="text"/>
PLZ / Ort:	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße:	<input type="text"/>	
Tel.-Nr.:	<input type="text"/>	
E-Mail:	<input type="text"/>	

Trainingsart:	Wählen Sie ein Element aus.	Anzahl Teilnehmende:	<input type="text"/>
Trainingsdatum:	Klicken oder tippen Sie, um ein Datum einzugeben.		

Veranstalter:

Name:	Wählen Sie ein Element aus.
-------	-----------------------------

Trainingsplatz: (siehe BGHM-Liste*)

Name:	<input type="text"/>
Straße:	<input type="text"/>
PLZ:	<input type="text"/>

Bitte beachten Sie, dass der Antrag erst nach Vorliegen aller Informationen bearbeitet wird.

Eine Kostenübernahme erfolgt für die teilnehmenden Personen nur alle zwei Kalenderjahre.

Im Übrigen gelten die Teilnahmebedingungen für die Förderung von Fahrsicherheitstrainingsmaßnahmen (Stand: 26.01.2021).

Senden Sie uns diesen Antrag inkl. Ihrer Auftragsbestätigung, per E-Mail-Anhang an

sicherheitstraining@bghm.de

oder per Telefax 06131 802-20999 zu.

Klicken oder tippen Sie, um ein Datum einzugeben.

**Datum / Unterschrift / Firmenstempel
oder Signatur**

* Die Liste der Rahmenvertragspartner kann auf der Homepage der BGHM eingesehen werden: www.bghm.de Webcode: 500

Berufsgenossenschaft Holz und Metall, Isaac-Fulda-Allee 18, 55124 Mainz

1.4.5 Sonstiges

2.1.1 Ergänzungen zum Kaufvertrag (Textvorschlag)

Um einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt zu gewährleisten, gelten für Maschinen im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum einheitliche Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen.

Um beim Kauf von Maschinen die Gewähr zu haben, dass sie diesen Anforderungen entsprechen, empfiehlt es sich, dem Auftragsschreiben bestimmte Zusätze hinzuzufügen.

Hinweise:

Bei weiterführenden Fragen stehen Ihnen eine Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie die Fachleute Ihrer Berufsgenossenschaften beratend zur Verfügung.

Die Auftragsschreiben werden sicherlich an anderer Stelle abgelegt.

► Muster: Anlage zum Kaufvertrag

Anlage zum Kaufvertrag

Mit der Annahme des Auftrages verpflichtet sich der Auftragnehmer, folgende Bestimmungen bzw. Forderungen zu beachten:

- Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)
- 9. Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz (Maschinenverordnung – 9. ProdSV)
- sonstige für die bestellte Maschine anzuwendenden Rechtsverordnungen zum ProdSG
- Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten
- EG-Maschinen-Richtlinie einschließlich deren Änderungen
- sonstige anzuwendende Gemeinschafts-Richtlinien der EU
- alle für die bestellte Maschine geltenden harmonisierten europäischen Normen, insbesondere

.....
.....

Fehlen für die bestellte Maschine harmonisierte europäische Normen, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die **deutschen** Normen und technischen Spezifikationen zu beachten, die die Bundesregierung im „**Verzeichnis der Normen gemäß Maschinenverordnung – 9. ProdSV**“ bekannt gemacht hat.

Wird in begründeten Fällen von harmonisierten europäischen Normen oder deutschen Normen und technischen Spezifikationen abgewichen, ist nachzuweisen und zu dokumentieren, dass die gleiche Sicherheit auf andere Weise erreicht wurde.

Die Verpflichtung schließt ein, dass

- an einer verwendungsfertigen Maschine die **CE-Kennzeichnung** angebracht ist,
- für eine Maschine mit CE-Kennzeichnung eine **EG-Konformitätserklärung** in deutscher Sprache nach Anhang II A EG-Maschinen-Richtlinie ausgestellt und beigelegt ist,
- einer unvollständigen Maschine die **Einbauerklärung** gemäß Anhang II 1 B EG-Maschinen-Richtlinie beiliegt; hier muss eine Montageanleitung (deutsch) mitgeliefert werden. **Die Realisierung der Beschaffungsanforderungen relevanter Binnenmarkt-Richtlinien wird – soweit es vom Lieferumgang her möglich ist – zur Bedingung gemacht und ist zu bescheinigen,**
- für eine Maschine nach Anhang IV EG-Maschinen-Richtlinie eine **Bescheinigung einer zugelassenen Prüf- und Zertifizierungsstelle** vorgelegt wird (ggf. Nachweis der EG-Baumusterprüfung),
- eine **Betriebsanleitung** gemäß Anhang I EG-Maschinen-Richtlinie und DIN EN ISO 12 100-2 in deutscher Sprache beigelegt ist (einschließlich den darin verlangten **Lärmemissions- und ggf. Vibrationskennwerten**),
- eine **technische Dokumentation** gemäß Anhang VII EG-Maschinen-Richtlinie bereitgehalten wird. Folgende Bestandteile der Dokumentation gehören zum Lieferumfang der Maschine:

.....
.....
.....

Diese Verpflichtungen sind Teil des Kaufvertrages. Werden sie nicht erfüllt, gilt der Auftrag als nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Schadenersatzansprüche wegen sich daraus ergebender Folgen bleiben vorbehalten.

2.1.2 Konformitätserklärungen

Bestandteil jedes Kaufvertrags zu Maschinen und technischen Arbeitsmitteln ist nach EG-Recht die erforderliche Dokumentation. Dazu gehört die Erklärung des Herstellers, dass die Maschine bzw. das zu liefernde Bauteil (sog. Teilmaschine) den einschlägigen Bestimmungen und Normen entspricht. Dies geschieht in einer Konformitätserklärung (für Maschinen) bzw. in einer Herstellererklärung (für Teilmaschinen).

Die beigefügten Beispiele geben Aufschluss darüber, wie detailliert die erforderlichen Angaben sein müssen und können zur Kontrolle herangezogen werden.

Hinweis:

Die Konformitäts- bzw. Einbauerklärung als Teil der Dokumentation sollte daraus nicht herausgelöst werden. Die gesamte Dokumentation muss zugänglich für Betreiber, Bediener und Instandhalter aufbewahrt werden.

Bei weiterführenden Fragen stehen Ihnen eine Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie die Fachleute Ihrer Berufsgenossenschaften beratend zur Verfügung.

► Beispiel: Konformitätserklärung

► Beispiel: Einbauerklärung

Beispiel: Konformitätserklärung

EG-Konformitätserklärung	
gemäß Anhang II A der EG-Maschinen-Richtlinie 2006/42/EG (Masch-RL)	
Name und Anschrift des Herstellers/Bevollmächtigten	
Hiermit erklären wir, dass	Erläuterungen
<i>die Drehmaschine</i>	Beschreibung der Maschine/Anlage/ auswechselbaren Ausrüstung, zumindest mit üblicher technischer Bezeichnung, Fabrikat, Typ, Seriennummer, ggf. zusätzliche Angaben im Sinne von Anhang I Nr. 1.7.3 zur bestimmungsgemäßen Verwendung
<i>Fabrikat: XIY</i>	
<i>Typ: AL-47-10</i>	
<i>Ser.-Nr.: 134876</i>	
<i>Baujahr: 2004</i>	
folgenden einschlägigen Bestimmungen entspricht:	z. B. EG-Maschinen-Richtlinie neueste Fassung; EG-Niederspannungs-Richtlinie 2006/95/EG, EMV-Richtlinie 2004/108/EG
<i>MaschinenRL 2006/42/EG</i>	
<i>NiederspRL 2006/95/EG</i>	
<i>EMV-RL 2004/108/EG</i>	
<i>(einschließlich Änderungen)</i>	
Angewendete harmonisierte europäische Normen*)	vorzugsweise Typ-C-Norm, ggf. Normentwurf prEN, andernfalls Typ-A- und Typ-B-Normen
<i>DIN EN 349, 953, 1037, 1088, 60204-1, 61000; DIN EN ISO 12100, 13849-1, 13857, 14121, 23125</i>	
Angewendete nationale Normen und technische Spezifikationen*)	anwendbare Regeln sind im „Verzeichnis der Normen gemäß Maschinenverordnung – 9. ProdSV“ enthalten
<i>VDI Richtlinie 2854</i>	
*) eine vollständige Auflistung befindet sich in der technischen Dokumentation	
<u>01.05.2004 Mustermann</u>	<u>Geschäftsführer/in</u>
(Datum und Unterschrift)	(Angaben zum Unterzeichner)

Beispiel: Einbauerklärung

Einbauerklärung

gemäß Anhang II 1 B der EG-Maschinen-Richtlinie 2006/42/EG (Masch-RL)

Name und Anschrift des Herstellers/Bevollmächtigten

Hiermit erklären wir, dass die

der Getriebemotor

Fabrikat: X, Y

Typ: BC/18-4

Ser.-Nr.: 67487

Baujahr: 2004

Erläuterungen

Beschreibung der Maschine/Anlage/
auswechselbaren Ausrüstung, zumindest mit
üblicher technischer Bezeichnung, Fabrikat,
Typ, Seriennummer, ggf. zusätzliche Angaben
im Sinne von Anhang I Nr. 1.7.3 zur
bestimmungsgemäßen Verwendung

zum Einbau in eine andere Maschine/zum Zusammenbau mit Maschinenteilen oder -ausrüstungen/zur Verkettung mit anderen Maschinen bestimmt ist. Die Inbetriebnahme wird so lange untersagt, bis festgestellt wurde, dass die zusammengebaute/komplettierte/verkettete Maschine den Bestimmungen der EG-Maschinen-Richtlinie entspricht und dafür eine EG-Konformitätserklärung gem. Anhang II A EG-Maschinen-Richtlinie vorliegt.

Angewendete harmonisierte europäische Normen, insbesondere*)

DIN EN 349, 953, 60204-1

DIN EN ISO 12100, 13857, 14121-1

vorzugsweise Typ-C-Norm, ggf. Normentwurf
prEN, andernfalls Typ-A- und Typ-B-Normen

*) eine vollständige Auflistung befindet sich in der technischen Dokumentation

01.05.2004 Mustermann

(Datum und Unterschrift)

Geschäftsführer/in

(Angaben zum Unterzeichner)

2.1.3 Betriebsanleitungen (Überblick)

Betriebsanleitungen sind Angaben des Herstellers zum bestimmungsgemäßen Betreiben bzw. Verwenden seiner Produkte.

Darin sind über sämtliche Betriebsphasen des Produktes Benutzerinformationen zu Schutzmaßnahmen und Restrisiken sowie Sicherheitshinweise enthalten.

Diese Informationen können bei der Erstellung von Betriebsanweisungen (s. 2.1.4) herangezogen werden.

Hinweis:

Betriebsanleitungen sind Teil der Dokumentation und sollten aus dieser nicht herausgelöst werden. Wir empfehlen deshalb, hier nur eine Übersicht über die in Ihrem Betrieb vorhandenen Betriebsanleitungen zu führen.

2.1.4 Betriebsanweisungen für Arbeitsmittel

Zur Vermeidung von Unfall- und Gesundheitsgefahren beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsmitteln sind Betriebsanweisungen erforderlich.

Zur Erstellung von Betriebsanweisungen werden die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung wie auch die speziellen Vorgaben des Herstellers in den Betriebsanleitungen herangezogen.

Betriebsanweisungen werden in für die Beschäftigten verständlicher Form und Sprache abgefasst.

Eine übersichtliche Darstellung kann die Akzeptanz erhöhen.

Betriebsanweisungen sind eine gute Grundlage für Unterweisungen.

Eine Auswahl von Muster-Betriebsanweisungen finden Sie auf der Homepage der Berufsgenossenschaft Holz und Metall (Webcode 214). Bei Verwendung von Muster-Betriebsanweisungen sind diese den betrieblichen Gegebenheiten anzupassen. Ihre Fachkraft für Arbeitssicherheit wird Sie auch hierzu beratend unterstützen.

Betriebsanweisungen sind eine gute Grundlage für Unterweisungen.

► Formblatt: Betriebsanweisung für Arbeitsmittel (Leerformular)

Betriebsanweisung für Arbeitsmittel

Firma:
Namen der Firma hier einsetzen

Betriebsanweisung

Nummer: 12.00

1. Anwendungsbereich

2. Gefahren für Mensch und Umwelt

3. Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln

4. Verhalten bei Störungen und im Gefahrfall

Notruf:

5. Verhalten bei Unfällen – Erste Hilfe

Notruf:

6. Instandhaltung, Entsorgung

Datum:

Unterschrift

2.1.5 Schweißerlaubnisscheine

Wenn durch das Entfernen brennbarer Stoffe eine Brandentstehung nicht ausgeschlossen werden kann, sind ergänzende Sicherheitsmaßnahmen in einer Schweißerlaubnis von der verantwortlichen Person schriftlich festzulegen und umzusetzen.

► Formblatt: Schweißerlaubnis

<h2 style="text-align: center;">Schweißerlaubnis</h2> <p style="text-align: center;">nach Abschnitt 3.8.2 des Kapitel 2.26 der DGUV Regel 100-500 „Betreiben von Arbeitsmitteln“</p>			
1	Arbeitsort/-stelle		
1a	Bereich mit Brand- und Explosionsgefahr	Die räumliche Ausdehnung um die Arbeitsstelle: Umkreis (Radius) von m, Höhe von m, Tiefe von m	
2	Arbeitsauftrag (z. B. Träger abtrennen) Arbeitsverfahren		Name:
3	Sicherheitsmaßnahmen bei Brandgefahr	<input type="checkbox"/> Entfernen beweglicher brennbarer Stoffe und Gegenstände – gegebenenfalls auch Staubablagerungen <input type="checkbox"/> Entfernen von Wand- und Deckenverkleidungen, soweit sie brennbare Stoffe abdecken oder verdecken oder selbst brennbar sind <input type="checkbox"/> Abdecken ortsfester brennbarer Stoffe oder Gegenstände (z. B. Holzbalken, -wände, -fußböden, -gegenstände, Kunststoffteile) mit geeigneten Mitteln und gegebenenfalls deren Anfeuchten <input type="checkbox"/> Abdichten von Öffnungen (z. B. Fugen, Ritzen, Mauerdurchbrüche, Rohröffnungen, Rinnen, Kamine, Schächte) zu benachbarten Bereichen durch Lehm, Gips, Mörtel, feuchte Erde usw. <input type="checkbox"/>	Name: Ausgeführt: (_____ (Unterschrift)
3a	Beseitigen der Brandgefahr		
3b	Bereitstellen von Feuerlöschmitteln	<input type="checkbox"/> Feuerlöscher mit <input type="checkbox"/> Wasser <input type="checkbox"/> Pulver <input type="checkbox"/> CO ₂ <input type="checkbox"/> Löschdecken <input type="checkbox"/> Löschsand <input type="checkbox"/> angeschlossener Wasserschlauch <input type="checkbox"/> wassergefüllte Eimer <input type="checkbox"/> Benachrichtigen der Feuerwehr	Name: Ausgeführt (_____ (Unterschrift)
3c	Brandposten	<input type="checkbox"/> Während der schweißtechnischen Arbeiten Name: _____	
3d	Brandwache	<input type="checkbox"/> Nach Abschluss der schweißtechnischen Arbeiten Dauer: Std. Name: _____	
4	Sicherheitsmaßnahmen bei Explosionsgefahr	<input type="checkbox"/> Entfernen sämtlicher explosionsfähiger Stoffe und Gegenstände – auch Staubablagerungen und Behälter mit gefährlichem Inhalt oder dessen Resten <input type="checkbox"/> Beseitigen von Explosionsgefahr in Rohrleitungen <input type="checkbox"/> Abdichten von ortsfesten Behältern, Apparaten oder Rohrleitungen, die brennbare Flüssigkeiten, Gase oder Stäube enthalten oder enthalten haben und gegebenenfalls in Verbindung mit lufttechnischen Maßnahmen <input type="checkbox"/> Durchführung lufttechnischer Maßnahmen nach EX-RL in Verbindung mit messtechnischer Überwachung <input type="checkbox"/> Aufstellen von Gaswarngeräten <input type="checkbox"/>	Name: Ausgeführt: (_____ (Unterschrift)
4a	Beseitigen der Explosionsgefahr		
4b	Überwachung	<input type="checkbox"/> Überwachung der Sicherheitsmaßnahmen auf Wirksamkeit Name: _____	
4c	Aufhebung der Sicherheitsmaßnahmen	Nach Abschluss der schweißtechnischen Arbeiten Nach: Std. Name: _____	
5	Alarmierung	Standort des nächstgelegenen Brandmelders Telefons Feuerwehr Ruf-Nr.	
6	Auftraggebender Unternehmer (Auftraggeber) Datum	Die Maßnahmen nach Nummern 3 und 4 tragen den durch die örtlichen Verhältnisse entstehenden Gefahren Rechnung. Unterschrift	
7	Ausführender Unternehmer (Auftragnehmer) Datum	Die Arbeiten nach Nummer 2 dürfen erst begonnen werden, wenn die Sicherheitsmaßnahmen nach Nummer 3 und/oder 4 durchgeführt sind. Unterschrift	Kenntnisnahme des Ausführenden nach Nummer 2 (_____ Unterschrift
Original: Ausführender nach Nr. 2; 1. Kopie: Auftraggeber; 2. Kopie: Auftragnehmer			

2.1.6 Befahrerlaubnisscheine

Müssen Behälter oder enge Räume befahren werden, in denen Gefahren bestehen oder entstehen können, sind Schutzmaßnahmen zu treffen.

Diese Schutzmaßnahmen müssen vorher in einer Befahrerlaubnis schriftlich festgelegt werden.

Enge Räume sind z. B. Gruben, Schächte oder Tanks.

Gefahren können u. a. durch gefährliche Stoffe, Einrichtungen, Sauerstoffmangel oder elektrischen Strom auftreten.

► Formblatt: Mustererlaubnisschein

Mustererlaubnisschein

DGUV Regel 113-004, Anhang 1

Objekt/Ort/Arbeitsstelle: _____
Art der Arbeiten: _____
Aufsichtführender: _____
Sicherungsstellen: _____

1 Schutzmaßnahmen gegen Stoffe/Sauerstoffmangel:

Objekt ist entleert: ☐ nein ☐ ja
gereinigt: ☐ nein ☐ ja
gespült mit: _____
abgetrennt durch: _____

Freimessen:

Sofortanzeigegerät: ☐ nein ☐ ja

Typ: _____

Luftanalyse: ☐ nein ☐ ja Uhrzeit: _____

Ergebnis: _____

Lüftung: _____

Atemschutz erforderlich: ☐ nein ☐ ja Art: _____

2 Schutzmaßnahmen gegen Absturz

Persönliche Schutzausrüstungen

☐ nein ☐ ja

System: _____

Anschlagpunkt: _____

3 Maßnahmen zur Rettung

Persönliche Schutzausrüstungen

☐ nein ☐ ja

System: _____

4 Explosionsschutz-Maßnahmen

☐ nein ☐ ja

welche: _____

5 Schutzmaßnahmen gegen elektrische Gefährdung

☐ nein ☐ ja

welche: _____

6 Schutzmaßnahmen gegen mechanische Gefährdungen

☐ nein ☐ ja

welche: _____

7 Sonstige Schutzmaßnahmen

Festgelegte Schutzmaßnahmen ausgeführt von:		Arbeiten freigegeben von:	
		Unternehmer oder Aufsichtführender	
Datum: _____ Uhrzeit: _____		Datum: _____ Uhrzeit: _____	
Festgelegte Schutzmaßnahmen zur Kenntnis genommen:			
Unternehmer oder Beauftragter beteiligter Unternehmen		Sicherungsposten	
Datum: _____ Uhrzeit: _____		Datum: _____ Uhrzeit: _____	
Verlängerung der Erlaubnis: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Erneutes Freimessen: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Sofortanzeigegerät: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Luftanalyse: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Sonstige Schutzmaßnahmen wie Nummern 2 - 7:			
		Freigabe erteilt von:	
Sicherungsposten		Unternehmer oder Aufsichtführender	
Datum: _____ Uhrzeit: _____		Datum: _____ Uhrzeit: _____	
Unternehmer oder Beauftragter beteiligter Unternehmen		Unternehmer oder Beauftragter beteiligter Unternehmen	
Datum: _____ Uhrzeit: _____		Datum: _____ Uhrzeit: _____	
Schutzmaßnahmen aufgehoben und Arbeiten beendet:			
Datum: _____ Uhrzeit: _____		Datum: _____ Uhrzeit: _____	
Sicherungsposten		Unternehmer oder Aufsichtführender	

2.1.7 Sonstiges

2.2.1 Sicherheitsdatenblätter

Hersteller bzw. Händler von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen bzw. Händler müssen mit der Lieferung Sicherheitsdatenblätter zur Verfügung stellen. Darin sind – mit Ausnahme der Rezeptur – umfassende Informationen über

- mögliche Gefahren,
- Schutzmaßnahmen,
- Erste-Hilfe-Maßnahmen,
- Maßnahmen im Gefahrfall und
- zur Entsorgung

enthalten, die der Unternehmer bzw. die Führungskraft zur Wahrnehmung seiner bzw. ihrer Pflichten beim Umgang mit Gefahrstoffen benötigt.

Fehlt ein Sicherheitsdatenblatt im Betrieb, muss es angefordert werden (siehe Muster).

Hinweis:

Je nach Umfang empfiehlt es sich, die Sicherheitsdatenblätter in einem separaten Ordner abzulegen. Den Beschäftigten muss eine Zugriffsmöglichkeit auf die Sicherheitsdatenblätter der im Unternehmen eingesetzten Gefahrstoffe gewährt werden.

► Muster: Bestellschreiben Sicherheitsdatenblatt

Sicherheitsdatenblatt gemäß § 5 GefStoffV

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Lieferung der nachfolgend aufgelisteten Produkte/Stoffe/Zubereitungen:

vom _____ übermittelten Sie mir

- ☐ kein Sicherheitsdatenblatt gemäß § 5 GefStoffV
- ☐ ein nicht mehr zulässiges DIN-Sicherheitsdatenblatt
- ☐ ein Sicherheitsdatenblatt ohne Datumsangabe
- ☐ ein nicht in Deutsch abgefasstes Sicherheitsdatenblatt
- ☐ ein unvollständig ausgefülltes Sicherheitsdatenblatt

Um meiner Ermittlungspflicht gemäß § 6 GefStoffV nachzukommen, benötige ich das/die jeweilige(n) Sicherheitsdatenblatt/Sicherheitsdatenblätter.

Ich bitte Sie, mir das Sicherheitsdatenblatt bis zum _____ zuzusenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

Unternehmer/in

2.2.2 Arbeitsstoff- und Gefahrstoff-Verzeichnis

Die Zusammenstellung aller im Betrieb verwendeten Gefahrstoffe erfolgt in einem Arbeitsstoff- und Gefahrstoff-Verzeichnis.

Das Arbeitsstoff- und Gefahrstoff-Verzeichnis in der vorgegebenen Form kann als wichtige Organisationshilfe beim Umgang mit Gefahrstoffen herangezogen werden.

Hinweis:

Bitte nutzen Sie ggf. auch in diesem Punkt die Unterstützung durch eine Fachkraft für Arbeitssicherheit und einen Betriebsarzt.

► Formblatt: Arbeitsstoff- und Gefahrstoff-Verzeichnis

Arbeitsstoff- und Gefahrstoff-Verzeichnis

Blatt:

Anschrift des Betriebes:

AGV erstellt am:

AGV erstellt von:

Telefon:

Nr.	Arbeitsbereich	Bezeichnung des Arbeits-/Gefahrstoffes (Handelsname, Produkt-Nr.)	Anschrift des Herstellers/ Lieferanten	Einstufung, gefährliche Eigenschaften	Verwendungszweck/ Arbeitsverfahren	Im Betrieb verwendete Mengenbereic he pro Jahr (l, kg, t)	Verwen- dungs- zeitraum
1	2	3	4	5	6	7	8

2.2.3 Betriebsanweisungen für Gefahrstoffe

Für den Umgang mit Gefahrstoffen sind Betriebsanweisungen erforderlich.

In verständlicher Form und Sprache werden darin u. a.

- die beim Umgang auftretenden Gefahren,
- die erforderlichen Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln
- Angaben über das Verhalten im Gefahrfall und über Erste Hilfe

festgelegt.

Grundlage für die Erstellung von Betriebsanweisungen zu Gefahrstoffen sind die Sicherheitsdatenblätter.

Bei Verwendung von Muster-Betriebsanweisungen sind diese den betrieblichen Gegebenheiten anzupassen.

Anhand der Betriebsanweisungen werden die Beschäftigten mindestens einmal jährlich arbeitsplatzbezogen unterwiesen.

► Formblatt: Betriebsanweisung für Gefahrstoffe

Betriebsanweisung für Gefahrstoffe

Firma:
Namen der Firma hier einsetzen

Betriebsanweisung gem. GefStoffV

Nummer: 7.3.00

1. Anwendungsbereich

2. Gefahrstoffbezeichnung

3. Gefahren für Mensch und Umwelt

4. Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln

5. Verhalten bei Störungen und im Gefahrfall

Notruf:

6. Verhalten bei Unfällen – Erste Hilfe

Notruf:

7. Instandhaltung, Entsorgung

Datum:

Unterschrift

2.2.4 Messberichte

Werden im Rahmen der Überprüfung von Gefahrstoff-Konzentrationen in der Luft am Arbeitsplatz Messungen durchgeführt (z. B. durch die BG), können die Messberichte hier abgelegt werden. Die Messberichte sind Teil der Gefährdungsbeurteilung.

Die Messberichte müssen 30 Jahre aufbewahrt werden.

Hier können auch Ergebnisse von Orientierungsmessungen gesammelt werden.

2.2.5 Explosionsschutz

Explosionsgefährdete Bereiche, z. B. Lackierräume, müssen als solche festgelegt und bewertet werden.

Für diese Bereiche sind je nach Gefährdungsgrad besondere Vorkehrungen zu treffen, die in einem Explosionsschutzdokument festgehalten werden.

Weitere Hinweise und Handlungsanleitungen stehen Ihnen auf der Internetseite Ihrer Berufsgenossenschaft zur Verfügung

► Formblatt: Explosionsschutzdokument

Explosionsschutzdokument

Explosionsschutzdokument

nach § 6 BetrSichV

Formblatt 1

Allgemeine Angaben

Name und Adresse des Unternehmens				
Zuständige BG				
Mitgliedsnummer				
Betriebsstätte				
Ersteller des Explosionsschutzdokumentes				
Explosionsgefährdete Bereiche		Explosionsgefahr durch* Gase, Dämpfe, Nebel		Siehe Blatt Nr.
1		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
3		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
4		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
5		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
6		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
7		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
8		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
9		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
10		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Datum	Unterschrift des Arbeitgebers	Unterschrift des Erstellers des Explosionsschutzdokumentes		

*Zutreffendes ankreuzen

Blatt Nr. _____

Explosionsschutzdokument

Beurteilung der Explosionsgefahr durch Gase, Dämpfe,
Nebel in Räumen/Bereichen bei der Verarbeitung von Beschichtungsstoffen

Formblatt 2 – Seite 1

Explosionsgefährdeter Raum/Bereich:			
Gas, Nebel, Dampf/ Beschichtungsstoff	<input type="checkbox"/> Sicherheitsdatenblatt vorhanden [1] <input type="checkbox"/> im Gefahrstoffkataster eingetragen		
Sicherheitstech- nische Kenngrößen	Flammpunkt = °C Zündtemperatur = °C Explosionsgruppe: [2]		
Beschreibung der Anlage/ der Verfahren	[3]		
Zoneneinteilungen innerhalb des Raumes/Bereiches	Ex-Zone [4]	Keine Ex-Zone*	Beurteilungsgrundlage [5]
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
Technische Schutzmaßnahmen			
• Verhinderung oder Einschränkung der Bildung explosionsfähiger Atmosphäre [6] (z. B. durch natürliche oder technische Lüftung oder Absaugung)			
<input type="checkbox"/> nicht zutreffend			
• Verhinderung der Zündung explosionsfähiger Atmosphäre (Vermeidung wirksamer Zündquellen) [7] - siehe Geräteliste für den jeweiligen Raum/Bereich (Formblatt 3)			
Ausführung der elektrischen Geräte: [8]			
<input type="checkbox"/> nicht zutreffend	<input type="checkbox"/> Geräte entsprechen der RL 94/9/EG (für Geräte, die ab 01.07.2003 in Verkehr gebracht wurden) <input type="checkbox"/> Geräte entsprechen der Elex-V (für Altgeräte, die bis 30.06.2003 in Verkehr gebracht wurden) <input type="checkbox"/> Die Mindestanforderungen an Altgeräte zur sicheren Verwendung in der jeweiligen Ex-Zone sind erfüllt		
Ausführung der nichtelektrischen Geräte: [9]			
<input type="checkbox"/> nicht zutreffend	<input type="checkbox"/> Geräte entsprechen der RL 94/9/EG (für Geräte, die ab 01.07.2003 in Verkehr gebracht wurden) <input type="checkbox"/> Die Mindestanforderungen an Altgeräte zur sicheren Verwendung in der jeweiligen Ex-Zone sind erfüllt		
• Konstruktive Maßnahmen, welche die Explosionsauswirkungen auf ein unbedenkliches Maß beschränken [10] <input type="checkbox"/> nicht zutreffend			
• Zusätzliche technische Maßnahmen zur Verringerung des Restrisikos [11] <input type="checkbox"/> nicht zutreffend			

*Zutreffendes ankreuzen

[1-11] siehe nachfolgende Erläuterungen

Blatt Nr. _____

Explosionsschutzdokument

Beurteilung der Explosionsgefahr durch Gase, Dämpfe,
Nebel in Räumen/Bereichen bei der Verarbeitung von Beschichtungsstoffen

Formblatt 2 – Seite 2

Organisatorische Schutzmaßnahmen

zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes
der Beschäftigten in explosionsgefährdeten Bereichen

	Schriftliche Betriebsanweisung		Unterweisung der Beschäftigten erfolgt am
	vorhanden*	zu erstellen bis	
	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>		

- **Zusätzliche organisatorische Maßnahmen für gefährliche Tätigkeiten** (z. B. Arbeitsaufgaben) [13]

- **Kennzeichnung explosionsgefährdeter Bereiche**



- ☐ vorhanden [14]
☐ vorzunehmen bis _____

- **Regelmäßige Reinigung der explosionsgefährdeten Bereiche** [15]

Ist die regelmäßige Reinigung gemäß Betriebsanweisung sichergestellt?

☐ ja ☐ nein

- **Prüfung der Arbeitsplätze/Arbeitsmittel** [16]

Ist vor der erstmaligen Nutzung eine Prüfung durch eine befähigte Person erfolgt?

☐ ja ☐ nein

Erfolgen regelmäßige Prüfungen?

☐ ja ☐ nein

Prüfintervall _____

Weitere Dokumente/Anlagen

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Sicherheitsdatenblätter (Ordner) | <input type="checkbox"/> Gefahrstoffkataster (Ordner) |
| <input type="checkbox"/> Lageplan (Ordner) | <input type="checkbox"/> Ex-Zonenplan (Ordner) |
| <input type="checkbox"/> Prüfbescheinigungen (Ordner) | <input type="checkbox"/> Maßnahmenliste (Ordner) |

Datum

Unterschrift des Arbeitgebers

Unterschrift des Erstellers des
Explosionsschutzdokumentes

*Zutreffendes ankreuzen

[12-16] siehe nachfolgende Erläuterungen

Blatt Nr. _____


Anlage zum Explosionsschutzdokument

Liste explosionsgeschützter Geräte


Formblatt 3

Geräteliste für Raum/Bereich

Bezeichnungen siehe Abschnitt „Elektrische und nichtelektrische Geräte und Komponenten - Kennzeichnung“ der DGUV Information 209-046

Mindestanforderungen entsprechend der ermittelten Ex- Zonen und der sicherheitstechnischen Kenngrößen	Ausführung nach ExeV*		Ausführung nach ATEX*				
		Schutz- art IP ...	Geräte- gruppe	Geräte- kategorie	Explo- sions- gruppe	Tempe- ratur- klasse	
	J/N		II				

Elektrische Geräte (z. B. elektrische Motoren, Schalter, Leuchten)

Bezeichnung	Ausführung nach ExeV*		Ausführung nach ATEX*					Mindest- anforde- rungen erfüllt J/N
		Schutz- art IP ...	Geräte- gruppe	Geräte- kategorie	Explo- sions- gruppe	Tempe- ratur- klasse	Zünd- schutzart	
	J/N							

Nichtelektrische Geräte (z. B. Förderbänder, Getriebe, pneumatische Pumpen)

Bezeichnung	Ausführung nach ATEX*	Geräte- gruppe	Geräte- kategorie	Explo- sions- gruppe	Tempe- ratur- klasse	Zünd- schutzart	Mindest- anforde- rungen erfüllt J/N
	J/N						

*siehe auch Tabelle 2

Blatt Nr. _____

Explosionsschutzdokument

Beurteilung der Explosionsgefahr durch Gase, Dämpfe,
Nebel in Räumen/Bereichen bei der Verarbeitung von Beschichtungsstoffen

Erläuterungen zum Formblatt 2

- (1) Hier sind der Beschichtungsstoff bzw. die Gase, Dämpfe, Nebel zu nennen, die explosionstechnisch die kritischsten Stoffeigenschaften besitzen (z. B. niedrigster Flammpunkt, niedrigste UEG).
- (2) Hier ist der niedrigste Wert der Gemische oder einer Einzelkomponente einzutragen.
- (3) Hier ist die Einrichtung/Anlage mit ihren wesentlichen Bestandteilen aufzuführen und die eingesetzten Verfahren sind kurz zu beschreiben.
- (4) Hier sind die jeweiligen Zonen für den Raum/Bereich zu nennen.
- (5) Als Beurteilungsgrundlage für die Zoneneinteilung können berufsgenossenschaftliche Regeln und Informationen, technische Regeln und Normen herangezogen werden, z. B. DGUV Regel 100-500 Kapitel 2.29, DGUV Regel 113-001, DGUV Information 209-046, EN 12215, EN 13355.
- (6) Die Verhinderung oder die Einschränkung der Bildung gefährlicher explosionsfähiger Atmosphäre kann z. B. durch die folgenden technischen Maßnahmen erreicht werden:
 - Absaugung an der Entstehungsstelle
 - gezielte technische Lüftungsmaßnahmen
- (7) Beim Einsatz von elektrischen und nichtelektrischen Geräten und Werkzeugen innerhalb explosionsgefährdeter Bereiche müssen Zündquellen sicher vermieden werden. Dies bedeutet, dass z. B. elektrische Betriebsmittel, bei deren Betrieb Funken entstehen können (z. B. Handmaschinen mit Kollektormotoren), unvorschriftsmäßige Handleuchten und funkenreißende Handwerkszeuge aus diesen Bereichen ferngehalten werden müssen.
- (8) Sind elektrische Geräte in explosionsgefährdeten Bereichen vorhanden, müssen diese Geräte so beschaffen sein, dass sie keine wirksamen Zündquellen darstellen können. Handelt es sich um Geräte oder Komponenten, die bereits vor dem 30.06.2003 in Verkehr gebracht wurden, so muss die EG-Richtlinie 94/9/EG nicht rückwirkend auf diese Geräte angewandt werden. Es muss aber geprüft werden, ob die Geräte bzw. die Komponenten in der vorliegenden Zone sicher verwendet werden können. Elektrische Geräte, die ab dem 01.07.2003 in Verkehr gebracht wurden, müssen der RL 94/9/EG entsprechen und für den Einsatz in den jeweiligen Zonen geeignet sein (siehe Tabelle). Die Hersteller- bzw. Konformitätserklärungen müssen vorliegen und die Geräte müssen vollständig gekennzeichnet sein.

(8) Gerätegruppe II	Geräteklasse 1 G	Geeignet für den Einsatz in Zone 0, 1 und 2
	Geräteklasse 2 G	Geeignet für den Einsatz in Zone 1 und 2
	Geräteklasse 3 G	Geeignet für den Einsatz in Zone 2

- (9) Auch für nichtelektrische Geräte und Komponenten in explosionsgefährdeten Bereichen, die seit 01.07.2003 in Verkehr gebracht wurden, muss wie bei elektrischen Geräten eine Hersteller- bzw. Konformitätserklärung nach EG-Richtlinie 94/9/EG vorliegen. Alle Geräte müssen für den Einsatz in der jeweiligen Zone geeignet (siehe o. g. Tabelle) und vollständig gekennzeichnet sein.

Für nichtelektrische Altgeräte, die nicht nach EG-Richtlinie 94/9/EG in Verkehr gebracht wurden, besteht ein genereller Bestandsschutz. Eine Anpassung an die Beschaffenheitsanforderungen der EG-Richtlinie 94/9/EG oder sogar ein Austausch durch „ATEX“-Geräte ist also nicht erforderlich. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, dass die Geräte den damals geltenden nationalen Bestimmungen (z. B. DGUV Regel 113-001, BGR 132) entsprechen. In jedem Fall sollte auf die vom Hersteller angegebene maximale Verwendungsdauer und auf ausreichende Wartung und Instandsetzung geachtet werden. Bei Unsicherheit bzgl. der sicheren Weiterverwendung nichtelektrischer Altgeräte in explosionsgefährdeten Bereichen sollten Experten (z. B. von den Berufsgenossenschaften, der PTB oder der BAM) hinzugezogen werden.

- (10) Kann die Bildung explosionsfähiger Atmosphäre oder das Vorhandensein wirksamer Zündquellen in Anlagen und Behältern nicht sicher ausgeschlossen werden, müssen konstruktive Maßnahmen getroffen sein, welche die Auswirkungen möglicher Explosionen auf ein unbedenkliches Maß reduzieren. Solche Maßnahmen sind:
- explosionsfeste Bauweise von Behältern und Apparaturen
 - Explosionsunterdrückung durch schnelles Einblasen von Löschmitteln in Behälter und Apparaturen
 - Explosionsdruckentlastung von Behältern und Apparaturen durch Freigabe von definierten Querschnitten zur Abfuhr des Druckes und des Flammenstrahles in eine ungefährliche Richtung (meist in Verbindung mit explosionstechnischer Entkopplung)
 - Verhinderung der Flammen- und Explosionsübertragung (explosionstechnische Entkoppelung), z. B. durch mechanisches Schnellabsperren oder Ausschleusen
- Die vorbeschriebenen konstruktiven Schutzmaßnahmen können nur in Bereichen eingesetzt werden, in denen sich bei bestimmungsgemäßem Betrieb keine Personen aufhalten dürfen.
- (11) Zusätzliche technische Maßnahmen können z. B. in der Zugabe von gasförmigen Inertstoffen (Stickstoff, Kohlendioxid) oder Wasserdampf bestehen. Diese Schutzmaßnahmen können wegen der Sauerstoffverdrängung nur in Bereichen eingesetzt werden, in denen sich bei bestimmungsgemäßem Betrieb keine Personen aufhalten dürfen.
- (12) Zur Unterweisung der Beschäftigten, die in explosionsgefährdeten Bereichen tätig werden sollen, müssen schriftliche Betriebsanweisungen vorliegen. Darin sind Informationen zu den Explosionsgefahren sowie Maßnahmen zu deren Abwendung aufzunehmen. Personen, die mit der Durchführung von Instandsetzungs-, Wartungs-, Umbau- und Reinigungsarbeiten beauftragt werden, müssen eine angemessene spezielle Unterweisung erhalten. Die Unterweisung ist zu protokollieren. Die Teilnehmer bestätigen durch Unterschrift die Teilnahme an der Unterweisung.
- (13) Für gefährliche Tätigkeiten (z. B. Schweiß-, Schneid-, Trennschleif- und sonstige Feuerarbeiten) in explosionsgefährdeten Bereichen müssen schriftliche Arbeitsfreigaben (Erlaubnisscheinverfahren) eingeführt sein. Ein Muster für einen Erlaubnisschein kann der DGUV Information 209-046 entnommen werden.
- (14) An den Zugängen zu explosionsgefährdeten Bereichen muss folgende Kennzeichnung vorgenommen werden:
- Warnzeichen „Warnung vor explosionsfähiger Atmosphäre“
 - Verbotsschild „Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten“
 - Verbotsschild „Zutritt für Unbefugte verboten“
- (15) Materialablagerungen von brennbaren Stäuben und Beschichtungsstoffen in explosionsgefährdeten Bereichen können zu zusätzlichen Brandgefahren und im Falle der Aufwirbelung auch zu Explosionsgefahren führen. Um diese Gefahren zu unterbinden, müssen diese Ablagerungen regelmäßig entfernt werden. Umfang und die Intervalle der Reinigungsmaßnahmen müssen in der Betriebsanweisung festgelegt sein.

Siehe Abschnitt „Prüfungen“ der DGUV Information 209-046.

2.3.1 Zu prüfende Arbeitsmittel und Betriebseinrichtungen

Durch regelmäßige Überprüfungen von Arbeitsmitteln auf ihren sicheren Zustand können Unfälle vermieden werden.

Die

- erforderlichen Prüfungen,
- deren Art, Umfang, Fristen sowie
- die Anforderungen an die prüfende Person

sind vom Unternehmer bzw. den Führungskräften anhand der Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung gemäß Betriebssicherheitsverordnung zu ermitteln und durchzuführen.

Das berufsgenossenschaftliche Vorschriften- und Regelwerk gibt auch Hinweise auf Prüfungen.

Die folgende Übersicht zeigt eine exemplarische Auswahl regelmäßiger Prüfungen von Arbeitsmitteln.

► Übersicht: Auswahl zu prüfender Arbeitsmittel

Auswahl zu prüfender Einrichtungen nach dem berufsgenossenschaftlichen Vorschriften- und Regelwerk

Prüfgegenstand	Rechtsquelle	Prüffrist	Regelmäßige Prüfung	Prüfnachweis
PSA gegen Absturz	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Grundsatz 312-906	jährlich einmal und nach jedem Absturz beanspruchte Sicherheitsgeschirre	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis und zusätzlich Plakette an der PSA
Ketten, Drahtseile und Hebebänder zum Anschlagen von Lasten	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 100-500 Kap. 2.8	mind. jährlich und Ketten alle 3 Jahre Rissprüfung	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Kettenkartei und Prüfanhänger für Ketten, schriftlicher Prüfnachweis und zusätzlich Plakette an Magnethebern und Klauen
Arbeitsplatzlüftungen	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 109-002	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Feuerlöscher	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV	alle 2 Jahre	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfplakette
Hebebühnen	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 100-500 Kap. 2.10	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfbuch, zusätzliche Prüfplakette an der Hebebühne empfohlen
Berührungslos wirkende Schutzeinrichtungen an kraftbetriebenen Pressen der Metallbearbeitung	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Information 209-030	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger) vom Hersteller mind. ausgebildet	schriftlicher Prüfnachweis
Flammenrückschlagsicherungen und Gebrauchsstellenvorlage	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 100-500 Kap. 2.26	jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfplakette
Berührungslos wirkende Schutzeinrichtungen an kraftbetriebenen Arbeitsmitteln	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Flüssigkeitsstrahler	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 100-500 Kap. 2.36	jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Zweihandschaltung an kraftbetriebenen Pressen der Metallbearbeitung	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Information 209-030	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfbuch
Fahrzeugwaschanlagen	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV	einmal monatlich	Unternehmer oder dessen Beauftragter	schriftlicher Prüfnachweis

Prüfgegenstand	Rechtsquelle	Prüffrist	Regelmäßige Prüfung	Prüfnachweis
Handbetätigte Fenster, Türen und Tore	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 109-008	jährlich (empf.)	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Kraftbetätigte Fenster, Türen und Tore	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Grundsatz 308-006	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfbuch
Bewegliche Abschirmungen an kraftbetriebenen Exzenter- und verwandten Pressen der Metallbearbeitung	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Information 209-030	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfbuch
Elektrische Anlagen und ortsfeste elektrische Betriebsmittel	DGUV Vorschrift 3	4 Jahre	Elektrofachkraft	schriftlicher Prüfnachweis
Nicht ortsfeste elektrische Betriebsmittel	DGUV Vorschrift 3 DGUV Information 203-071	Richtwert sechs Monate, auf Baustellen drei Monate. Wird bei den Prüfungen eine Fehlerquote < 2 % erreicht, kann die Prüffrist entsprechend verlängert werden. Maximalwerte: Auf Baustellen, in Fertigungsstätten und Werkstätten oder unter ähnlichen Bedingungen ein Jahr. In Büros oder unter ähnlichen Bedingungen zwei Jahre.	Elektrofachkraft oder durch unterwiesene Person bei Verwendung geeigneter Prüfgeräte	schriftlicher Prüfnachweis
Fehlerstrom-Schutzeinrichtungen	DGUV Vorschrift 3	in nicht-stationären Anlagen, z. B. Baustellen arbeitstäglich stationären Anlagen alle 6 Monate	durch Benutzer (Betätigen der Prüftaste) Benutzer (Betätigen der Prüftaste)	
Auffangnetze bei Bauarbeiten	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 101-011	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	nachvollziehbare Dokumentation
Lösemittel-Reinigungsanlagen	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV DGUV Regel 109-010	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis

Prüfgegenstand	Rechtsquelle	Prüffrist	Regelmäßige Prüfung	Prüfnachweis
Krane	DGUV Vorschrift 52	<ul style="list-style-type: none"> - mind. jährlich - Turmdrehkrane bei jeder Aufstellung und nach jedem Umrüsten - ortsveränderl. Krane mind. alle 4 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> - durch befähigte Person (Sachkundiger) - durch befähigte Person (Sachkundiger) - Sachverständigen 	Prüfbuch
Fahrzeuge	DGUV Vorschrift 70	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Flurförderzeuge	DGUV Vorschrift 68	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	Prüfbuch
Lacktrockenöfen	DGUV Vorschrift 1 i.V.m. BetrSichV Kap. 2.28	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Arbeiten mit Schussapparaten	DGUV Vorschrift 56	alle 2 Jahre	Hersteller oder dessen Beauftragter	Bescheinigung des Herstellers
Leitern und Tritte Mechanische Leitern	DGUV Information 208-016	<ul style="list-style-type: none"> - regelmäßig, je nach Beanspruchung - mind. jährlich 	<ul style="list-style-type: none"> - beauftragte Person - Sachkundiger 	<ul style="list-style-type: none"> - schriftlicher Prüfnachweis (Leiternprüfbuch) oder Prüfplakette - schriftlicher Prüfnachweis (Leiternprüfbuch)
Druckbehälter (unbeheizt, Medium: Luft) 200 l * Bar ≤ Druck-Inhalts-Produkt ≤ 1000 l * Bar	BetrSichV	<ul style="list-style-type: none"> - max. 5 Jahre - max. 10 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> innere Prüfung (befähigte Person) Festigkeitsprüfung (befähigte Person) 	schriftlicher Prüfnachweis
Druckbehälter (unbeheizt, Medium: Luft) Druck-Inhalts-Produkt > 1000 l * Bar	BetrSichV	<ul style="list-style-type: none"> - max. 5 Jahre - max. 10 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> innere Prüfung (zugelassene Überwachungsstelle – Sachverständiger) Festigkeitsprüfung (zugelassene Überwachungsstelle – Sachverständiger) 	Prüfbuch
Ortsfeste Regale	BetrSichV	mind. jährlich	durch befähigte Person (Sachkundiger)	schriftlicher Prüfnachweis
Winden, Hub- und Zuggeräte	DGUV Vorschrift 54	<ul style="list-style-type: none"> mind. jährlich - vor erster Inbetriebnahme - nach wesentlichen Änderungen 	<ul style="list-style-type: none"> Sachkundiger Sachkundiger 	schriftlicher Prüfnachweis

2.3.2 Prüf- und Wartungsverträge

Mit der Durchführung von Prüfungen und für Wartungsaufgaben können Dienstleister beauftragt werden.

Die Verantwortung für die sachgerechte Prüfung von Arbeitsmitteln, einschließlich der überwachungsbedürftigen Anlagen, liegt beim Unternehmer bzw. beim Betreiber. Die Beauftragung externer „befähigter Personen“ entlastet ihn nicht. Allerdings greift hier das allgemeine Vertragsrecht. Das heißt, der Unternehmer/Betreiber muss die entsprechende Qualifikation der befähigten Person sowie Prüfinhalt und -umfang abfordern. In der Regel kann er dann erwarten und darauf vertrauen, dass die Dienstleistung erbracht wird. Je komplizierter das zu prüfende Arbeitsmittel ist, desto sorgfältiger sollten bei der Auftragsvergabe bzw. Vertragsgestaltung die erforderlichen Anforderungen, die von der befähigten Person zu erfüllen sind, formuliert werden. Insofern kann es im Einzelfall notwendig sein, sich entsprechende Nachweise vorlegen zu lassen.

Das Fachpersonal einer zugelassenen Überwachungsstelle (ZÜS), z. B. „Sachverständiger“ des TÜV, kann ohne weitere Prüfung lediglich auf dem von der Zulassung betroffenen Sachgebiet als befähigt gewertet werden.

2.3.3 Verzeichnis der zu prüfenden Arbeitsmittel, Prüfberichte, Prüfbücher

Um die durchzuführenden Prüfungen zu organisieren kann nachfolgendes Formblatt verwendet werden.

Nachweise über durchgeführte Prüfungen können in Form von einzelnen Prüfberichten, Karteikarten oder Prüfbüchern geführt werden.

Hinweis:

Es wird empfohlen, zusätzlich Prüfplaketten an den Prüfgegenständen anzubringen.

► Formblatt: Verzeichnis der zu prüfenden Arbeitsmittel

Verzeichnis der zu prüfenden Arbeitsmittel

(auf Basis der Gefährdungsbeurteilung)

Arbeitsmittel	Inventar-Nr.	Prüffrist	Prüfung durch	Berücksichtigung besonderer Einsatzbedingungen		Letzte Prüfung	Ergebnis	Nachweis
				Veränderte Prüffrist	Grund			
<i>Leiter</i>	35	<i>Jährlich</i>	<i>Meister</i>	<i>Vierteljährlich</i>	<i>Gefährdungsbeurteilung</i>	9.11.2005	i.O.	<i>Prüfblatt</i>

2.4.1 PSA-Auswahl

Im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung wird für jeden Arbeitsplatz ermittelt, welche Persönliche Schutzausrüstung (PSA) erforderlich und geeignet ist.

Die Eignung einer PSA ist in den technischen Produktbeschreibungen, die den Einsatzbereich und die Verwendungsbeschränkungen darstellen, enthalten.

Um eine hohe Trageakzeptanz zu erreichen, sind neben der Schutzwirkung weitere Kriterien wichtig, wie z. B.

- Tragekomfort,
- Design,
- Haltbarkeit.

Diese Kriterien sollten Sie mit Ihren Beschäftigten besprechen.

2.4.2 PSA-Verwaltung

Die PSA muss das Unternehmen den Beschäftigten kostenlos zur Verfügung stellen.

Zur besseren Übersicht, welcher Beschäftigte welche PSA wann erhalten hat, dient eine Ausgabeliste. Sie erleichtert die bedarfsgerechte Beschaffung.

Die Dokumentation des Empfangs kann zur Motivation der Beschäftigten beitragen, die Schutzausrüstung zu benutzen.

► Formblatt: PSA-Ausgabe

PSA-Ausgabe (Übersicht)

Mitarbeiter/in:

Arbeitsbereich: _____

[illegible]

3.1.1 Anmeldung, Unternehmensbeschreibung

3.1.2 Gefahrtarif

3.1.3 Lohnnachweise

3.1.4 Beitragsbescheide

3.1.5 Besichtigungsprotokolle, Vermerke

3.1.6 Messberichte

3.1.7 Unfallmeldungen

Meldungen über eingetretene Unfälle sind ein wichtiges Mittel für die Ableitung präventiver Maßnahmen und die ggf. erforderliche Veranlassung einer optimalen Heilbehandlung.

Tödliche Unfälle, Massenunfälle und Unfälle mit schwerwiegenden Gesundheitsschäden sind der Berufsgenossenschaft unverzüglich per Telefon, Fax, E-Mail zu melden.

Unfallanzeigen entsprechend dem Vordruck müssen erstattet werden, wenn ein Arbeitsunfall oder ein Wegeunfall eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Kalendertagen zur Folge hatte.

Weitere Einzelheiten zum Meldeverfahren können den Erläuterungen zur Unfallanzeige entnommen werden.

► Formular: Unfallanzeige, Erläuterungen

Unfallanzeige

1 Name und Anschrift des Unternehmens

2 Unternehmensnummer des Unfallversicherungsträgers

3 Empfänger

4 Name, Vorname des Versicherten

5 Geburtsdatum

Tag

Monat

Jahr

6 Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Ort

7 Geschlecht

☐ männlich ☐ weiblich

8 Staatsangehörigkeit

9 Leiharbeiternehmer

☐ ja ☐ nein

10 Auszubildender

☐ ja ☐ nein

11 Ist der Versicherte

☐ Unternehmer

☐ Ehegatte des Unternehmers

☐ mit dem Unternehmer verwandt

☐ Gesellschafter/Geschäftsführer

12 Anspruch auf Entgeltfortzahlung

besteht für Wochen

13 Krankenkasse des Versicherten (Name, PLZ, Ort)

14 Tödlicher Unfall?

☐ ja ☐ nein

15 Unfallzeitpunkt

Tag

Monat

Jahr

Stunde

Minute

16 Unfallort (genaue Orts- und Straßenangabe mit PLZ)

17 Ausführliche Schilderung des Unfallhergangs (Verlauf, Bezeichnung des Betriebsteils, ggf. Beteiligung von Maschinen, Anlagen, Gefahrstoffen)

Die Angaben beruhen auf der Schilderung

☐ des Versicherten

☐ anderer Personen

18 Verletzte Körperteile

19 Art der Verletzung

20 Wer hat von dem Unfall zuerst Kenntnis genommen? (Name, Anschrift des Zeugen)

War diese Person Augenzeuge?

☐ ja ☐ nein

21 Name und Anschrift des erstbehandelnden Arztes/Krankenhauses

22 Beginn und Ende der Arbeitszeit des Versicherten

Stunde

Minute

Stunde

Minute

Beginn

Ende

23 Zum Unfallzeitpunkt beschäftigt/tätig als

24 Seit wann bei dieser Tätigkeit?

Monat

Jahr

25 In welchem Teil des Unternehmens ist der Versicherte ständig tätig?

26 Hat der Versicherte die Arbeit eingestellt?

☐ nein

☐ sofort

später, am

Tag

Monat

Stunde

27 Hat der Versicherte die Arbeit wieder aufgenommen?

☐ nein

☐ ja, am

Tag

Monat

Jahr

28 Datum

Unternehmer/Bevollmächtigter

Betriebsrat (Personalrat)

Telefon-Nr. für Rückfragen (Ansprechpartner)

U 1000 0802 Unfallanzeige

I. Allgemeine Erläuterungen

Wer hat die Unfallanzeige zu erstatten?	Anzeigepflichtig ist der Unternehmer oder sein Bevollmächtigter. Bevollmächtigte sind Personen, die vom Unternehmer zur Erstattung der Anzeige beauftragt sind.
Wann ist eine Unfallanzeige zu erstatten?	Die Anzeige ist zu erstatten, wenn ein Arbeitsunfall oder ein Wegeunfall (z. B. Unfall auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Kalendertagen oder den Tod eines Versicherten zur Folge hat.
In welcher Anzahl ist die Unfallanzeige zu erstatten?	2 Exemplare sind an den zuständigen Unfallversicherungsträger (z. B. Berufsgenossenschaft, Unfallkasse) zu senden.
Wohin ist sie zu senden?	Unterliegt das Unternehmen der allgemeinen Arbeitsschutzaufsicht (bei landwirtschaftlichen Betrieben, nur soweit sie Arbeitnehmer beschäftigen), ist ein Exemplar an die für den Arbeitsschutz zuständige Landesbehörde (z. B. Gewerbeaufsichtsamt, Staatl. Amt für Arbeitsschutz) zu senden. Unterliegt das Unternehmen der bergbehördlichen Aufsicht, erhält die zuständige untere Bergbehörde ein Exemplar . Ein Exemplar dient der Dokumentation im Unternehmen. Ein Exemplar erhält der Betriebsrat (Personalrat), falls vorhanden.
Wer ist von der Unfallanzeige zu informieren ?	Versicherte, für die eine Anzeige erstattet wird, sind auf ihr Recht hinzuweisen, dass sie eine Kopie der Anzeige verlangen können. Fachkraft für Arbeitssicherheit und Betriebsarzt sind durch den Unternehmer oder seinen Bevollmächtigten über die Unfallanzeige zu informieren.
Wie ist die Unfallanzeige zu erstatten?	Neben der Versendung per Post besteht auch die Möglichkeit der Anzeige durch Datenübertragung, wenn der Empfänger dies z. B. auf seiner Homepage anbietet.
Innerhalb welcher Frist ist die Unfallanzeige zu erstatten?	Der Unternehmer oder sein Bevollmächtigter hat die Anzeige binnen 3 Tagen zu erstatten, nachdem er von dem Unfall Kenntnis erhalten hat.
Was ist bei schweren Unfällen, Massenunfällen und Todesfällen zu beachten?	Tödliche Unfälle, Massenunfälle und Unfälle mit schwerwiegenden Gesundheitsschäden sind sofort dem zuständigen Unfallversicherungsträger und bei Unternehmen, die der allgemeinen Arbeitsschutzaufsicht oder der bergbehördlichen Aufsicht unterliegen, auch der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörde bzw. der unteren Bergbehörde zu melden (Telefon, Fax, E-Mail).

II. Erläuterungen zu den Fragen der Unfallanzeige

2. Anzugeben ist die Unternehmensnummer (Mitgliedsnummer) beim Unfallversicherungsträger (z. B. enthalten im Beitragsbescheid oder im Bescheid über die Zuständigkeit).
9. Der im Unternehmen tätige Beschäftigte einer Zeitarbeitsfirma/eines Personaldienstleisters ist ein Leiharbeitnehmer. (Es liegt ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag vor.)
13. Bei gesetzlicher Krankenversicherung mit Anspruch auf Krankengeld genügt Name, PLZ und Ort der Kasse; in anderen Fällen bitte zusätzlich Art der Versicherung angeben (z. B. Privatversicherung, Rentnerkrankenversicherung, Familienversicherung, freiwillige Versicherung bei gesetzlicher Krankenkasse).
17. Die Schilderung des Unfallhergangs soll detaillierte Angaben zum Unfall und zu seinen näheren Umständen enthalten (wo, wie, warum, unter welchen Umständen, Angabe der beteiligten Geräte oder Maschinen). Insbesondere auf die folgenden Punkte sollte die Schilderung des Unfallhergangs eingehen.
Anzugeben ist der Betriebsteil, in dem sich der Unfall ereignete: z. B. Büro, Schlosserei, Verkauf in der Herrenkonfektion, Betriebshof, Gewächshaus, Stall.
Anzugeben ist die Tätigkeit, die die verletzte Person ausübte. Z. B. ... bediente einen Kunden, ... trug Unterlagen zum Meisterbüro, ... schlug einen Bolzen heraus, ... entlud Lieferwagen, ... reparierte Maschine (Art, Hersteller, Typ, Baujahr).
Anzugeben sind die Umstände, die den Verlauf des Unfalls kennzeichnen (unfallauslösende Umstände, welche Arbeitsmittel wurden benutzt bzw. an welchen Maschinen und Anlagen wurde gearbeitet). Z. B.:
... beugte sich zu weit zur Seite aus, dadurch rutschte die Leiter weg und die Person stürzte 3 m in die Tiefe,
... verkantete das Holz und wurde von der Holzkreissäge (Hersteller, Typ, Baujahr) erfasst,
... rutschte durch auf dem Boden liegenden Abfall/Schmutz/Öl/Dung aus.
Waren Arbeitsbedingungen wie Hitze, Kälte, Lärm, Staub, Strahlung gegeben, die mit dem Unfall im Zusammenhang stehen könnten?
Wurde mit Gefahrstoffen umgegangen, die mit dem Unfall im Zusammenhang stehen könnten?
Die Unfallschilderung kann auf der Rückseite oder auf einem Beiblatt fortgesetzt werden.
18. Beispiele: Rechter Unterarm, Linker Zeigefinger, Linker Fuß und rechte Kopfseite
19. Beispiele: Prellung, Knochenbruch, Verstauchung, Verbrennung, Platzwunde, Schnittverletzung
23. Hier einsetzen z. B. Verkäuferin, Buchhalter, Maurer, Elektroinstallateur, Krankenschwester, Landwirt, Gärtner und nicht „Arbeiter“, „Angestellter“ oder „Unternehmer“.
25. Beispiele: Büro, Lager, Schlosserei, Labor, Lebensmittelabteilung, Fabrikhof, Bauhof

3.1.8 BK-Verdachtsanzeigen

Wird bei einem Beschäftigten eine Berufskrankheit vermutet, kann dieser, der Unternehmer oder ein Arzt eine Verdachtsanzeige erstatten – ggf. auch formlos.

Welche Krankheiten als Berufskrankheiten anerkannt werden können, ist der beigefügten „Liste der Berufskrankheiten“ zu entnehmen.

Einzelheiten zum Meldeverfahren können den Erläuterungen zum Formular entnommen werden.

► Formular: BK-Verdachtsanzeige, Erläuterungen

► Liste der Berufskrankheiten

ANZEIGE DES UNTERNEHMENS BEI ANHALTSPUNKTEN FÜR EINE BERUFSSKRANKHEIT

1 Name und Anschrift des Unternehmens

2 Unternehmensnummer des Unfallversicherungsträgers

3 Empfänger

4 Name, Vorname des Versicherten

5 Geburtsdatum

Tag

Monat

Jahr

6 Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Ort

7 Geschlecht

☐ männlich ☐ weiblich

8 Staatsangehörigkeit

9 Leiharbeiternehmer

☐ ja ☐ nein

10 Auszubildender

☐ ja ☐ nein

11 Ist der Versicherte

☐ Unternehmer

☐ mit dem Unternehmer verwandt

☐ Ehegatte des Unternehmers

☐ Gesellschafter/Geschäftsführer

12 Anspruch auf Entgeltfortzahlung besteht für Wochen

13 Krankenkasse des Versicherten (Name, PLZ, Ort)

14 Welche Krankheitserscheinungen liegen vor, die Anhaltspunkte für die Anzeige bilden? Welche Beschwerden äußert der Versicherte? Auf welche gefährdenden Einwirkungen und Stoffe führt er die Beschwerden zurück?

15 Welchen gefährdenden Tätigkeiten hat der Versicherte ausgeübt? Welchen gefährdenden Einwirkungen und Stoffen war er bei der Arbeit ausgesetzt?

16 Wurden arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt? Wenn ja, durch wen und wann?

17 Wurden die unter Nummer 15 genannten Gefährdungsfaktoren am Arbeitsplatz des Versicherten überprüft (z. B. Gefährdungsbeurteilung, Messungen), wenn ja mit welchem Ergebnis?

18 Datum

Unternehmer/Bevollmächtigter

Betriebsrat (Personalrat)

Telefon-Nr. für Rückfragen (Ansprechpartner)

U 6000 0802 Anzeige Verdacht BK, Unternehmer

Erläuterungen zur Anzeige des Unternehmers bei Anhaltspunkten für eine Berufskrankheit

I. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Die frühzeitige Anzeige über Anhaltspunkte für eine Berufskrankheit (BK) liegt vor allem im Interesse der Versicherten. Je früher der Unfallversicherungsträger (UV-Träger) von Anhaltspunkten für das Vorliegen einer BK Kenntnis erhält, desto eher kann das Feststellungsverfahren zur Prüfung von Leistungsansprüchen (Individualprävention, Rehabilitation, Leistungen in Geld etc.) beginnen. Ein sorgfältiges und vollständiges Ausfüllen erspart für die Versicherten zeitraubende Verzögerungen im Feststellungsverfahren.

Haben die Unternehmer im Einzelfall Anhaltspunkte, dass bei Versicherten ihrer Unternehmen eine BK vorliegen könnte, sind sie nach § 193 Abs. 2 SGB VII **gesetzlich** verpflichtet, dies dem UV-Träger anzuzeigen.

1.2 Wer hat die Anzeige zu erstatten?

Anzeigepflichtig ist der Unternehmer oder sein Bevollmächtigter. Bevollmächtigte sind Personen, die ausdrücklich vom Unternehmer zur Erstattung der Anzeige beauftragt sind.

1.3 Wann ist die Anzeige zu erstatten?

Die Anzeige ist zu erstatten, wenn der Unternehmer bzw. der Bevollmächtigte aufgrund seines persönlichen Kenntnisstandes Anhaltspunkte dafür hat, dass eine BK vorliegen könnte. Seit Inkrafttreten des SGB VII am 01.01.1997 ist die Anzeigepflicht des Unternehmers in §193 Abs. 2 SGB VII geregelt. Die Anzeige ist hiernach nicht erst bei Vorliegen einer BK zu erstatten, sondern bereits bei Vorhandensein von **Anhaltspunkten**. Schon Hinweise auf die Möglichkeit einer BK (am Arbeitsplatz des Versicherten kommen Stoffe bzw. Einwirkungen vor, die mit der aufgetretenen Krankheit in einem Zusammenhang stehen können) reichen aus, um die Anzeigepflicht zu begründen.

Nur wenn der UV-Träger zu einem frühen Zeitpunkt von dem Krankheitsfall erfährt, kann er vorbeugend tätig werden.

Die Anzeige ist binnen drei Tagen zu erstatten, nachdem der Unternehmer von den Anhaltspunkten für eine BK Kenntnis erlangt hat. Für jeden Erkrankungsfall ist eine gesonderte Anzeige auszufüllen. Auch wenn die BK plötzlich wie ein Arbeitsunfall auftritt, ist die BK-Anzeige und nicht die Unfall-Anzeige zu verwenden.

1.4 In welcher Anzahl ist die Anzeige zu erstatten?

Wohin ist sie zu senden?

Die Anzeige ist dem zuständigen UV-Träger (z. B. Berufsgenossenschaft, Unfallkasse etc.) zu übersenden.

Eine Durchschrift ist für die Unterlagen des Unternehmens bestimmt.

Eine Durchschrift ist dem Betriebsrat/Personalrat auszuhändigen.

Die Anzeige ist vom Betriebsrat/Personalrat mit zu unterzeichnen.

1.5 Wer ist von der Anzeige zu informieren?

Versicherte, für die eine Anzeige erstattet wird, sind auf ihr Recht hinzuweisen, dass sie eine Kopie der Anzeige verlangen können.

Fachkraft für Arbeitssicherheit und Betriebsarzt sind durch den Unternehmer oder seinen Bevollmächtigten über die BK-Anzeige zu informieren.

1.6 Was ist bei Todesfällen, besonders schweren Berufskrankheiten und Massenerkrankungen zu beachten?

Todesfälle, besonders schwere Berufskrankheiten (wie z. B. Krebserkrankungen) und Massenerkrankungen sind außerdem sofort fernmündlich oder per Telefax/e-mail dem zuständigen UV-Träger zu melden.

II. Erläuterungen zu bestimmten Fragen in der Anzeige

² Anzugeben ist die Unternehmensnummer (Mitgliedsnummer) beim UV-Träger (z. B. enthalten im Beitragsbescheid oder im Bescheid über die Zuständigkeit).

⁹ Der im Unternehmen tätige Beschäftigte einer Zeitarbeitsfirma/eines Personaldienstleisters ist ein Leiharbeitnehmer (es liegt ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag vor).

¹³ Bei gesetzlicher Krankenversicherung mit Anspruch auf Krankengeld genügen Name und Ort der Kasse; in anderen Fällen bitte Art der Versicherung angeben (z. B. Privatversicherung, Rentnerkrankenversicherung, Familienhilfe, freiwillige Versicherung bei gesetzlicher Krankenkasse).

¹⁴ Es sollen die Krankheitserscheinungen und die Art der aufgetretenen Veränderungen/Beeinträchtigungen möglichst konkret beschrieben werden.

¹⁵ Anzugeben sind diejenigen Stoffe, Einwirkungen oder Tätigkeiten, die mit den unter ¹⁴ beschriebenen Krankheitserscheinungen in Verbindung stehen können (z. B. Lärm, Feuchtarbeit, Asbest, Lösungsmittel etc.).

¹⁷ Nach § 5 ArbSchG sind Gefährdungsbeurteilungen gesetzlich vorgesehen und daher, soweit vorhanden immer beizufügen.

Liste der Berufskrankheiten

Anlage 1 zur Berufskrankheiten-Verordnung (BKV), zuletzt aktualisiert durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung vom 11. Juni 2009

Aktuelle Liste unter: <http://www.baua.de/de/Themen-von-A-Z/Berufskrankheiten/Rechtsgrundlagen/Anlage-BKV.html>

Nr.	Krankheiten
1	Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten
11	Metalle und Metalloide
1101	Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen
1102	Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen
1103	Erkrankungen durch Chrom oder seine Verbindungen
1104	Erkrankungen durch Cadmium oder seine Verbindungen
1105	Erkrankungen durch Mangan oder seine Verbindungen
1106	Erkrankungen durch Thallium oder seine Verbindungen
1107	Erkrankungen durch Vanadium oder seine Verbindungen
1108	Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen
1109	Erkrankungen durch Phosphor oder seine anorganischen Verbindungen
1110	Erkrankungen durch Beryllium oder seine Verbindungen
12	Erstickungsgase
1201	Erkrankungen durch Kohlenmonoxid
1202	Erkrankungen durch Schwefelwasserstoff
13	Lösemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) und sonstige chemische Stoffe
1301	Schleimhautveränderung, Krebs oder andere Neubildungen der Harnwege durch aromatische Amine
1302	Erkrankungen durch Halogenkohlenwasserstoffe
1303	Erkrankungen durch Benzol, seine Homologe oder durch Styrol
1304	Erkrankungen durch Nitro- oder Aminoverbindungen des Benzols oder seiner Homologe oder ihrer Abkömmlinge
1305	Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff
1306	Erkrankungen durch Methyalkohol (Methanol)
1307	Erkrankungen durch organische Phosphorverbindungen
1308	Erkrankungen durch Fluor oder seine Verbindungen
1309	Erkrankungen durch Salpetersäureester
1310	Erkrankungen durch halogenierte Alkyl-, Aryl- oder Alkylaryloxide
1311	Erkrankungen durch halogenierte Alkyl-, Aryl- oder Alkylarylsulfide
1312	Erkrankungen der Zähne durch Säuren
1313	Hornhautschädigungen des Auges durch Benzochinon
1314	Erkrankungen durch para-tertiär-Butylphenol
1315	Erkrankungen durch Isocyanate, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
1316	Erkrankungen der Leber durch Dimethylformamid
1317	Polyneuropathie oder Enzephalopathie durch organische Lösungsmittel oder deren Gemische
1318	Erkrankungen des Blutes, des blutbildenden und des lymphatischen Systems durch Benzol
	Zu den Nummern 1101 bis 1110, 1201 und 1202, 1303 bis 1309 und 1315: Ausgenommen sind Hauterkrankungen. Diese gelten als Krankheiten im Sinne dieser Anlage nur insoweit, als sie Erscheinungen einer Allgemeinerkrankung sind, die durch Aufnahme der schädigenden Stoffe in den Körper verursacht werden, oder gemäß Nummer 5101 zu entschädigen sind.

Nr.	Krankheiten
2	Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten
21	Mechanische Einwirkungen
2101	Erkrankungen der Sehnenscheiden oder des Sehnengleitgewebes sowie der Sehnen- oder Muskelansätze, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
2102	Meniskusschäden nach mehrjährigen andauernden oder häufig wiederkehrenden, die Kniegelenke überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten
2103	Erkrankungen durch Erschütterung bei Arbeit mit Druckluftwerkzeugen oder gleichartig wirkenden Werkzeugen oder Maschinen
2104	Vibrationsbedingte Durchblutungsstörungen an den Händen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
2105	Chronische Erkrankungen der Schleimbeutel durch ständigen Druck
2106	Druckschädigung der Nerven
2107	Abrißbrüche der Wirbelfortsätze
2108	Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Lendenwirbelsäule durch langjähriges Heben oder Tragen schwerer Lasten oder durch langjährige Tätigkeiten in extremer Rumpfbeugehaltung, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
2109	Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Halswirbelsäule durch langjähriges Tragen schwerer Lasten auf der Schulter, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
2110	Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Lendenwirbelsäule durch langjährige, vorwiegend vertikale Einwirkung von Ganzkörperschwingungen im Sitzen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
2111	Erhöhte Zahnabrasionen durch mehrjährige quarzstaubbelastende Tätigkeit
2112	Gonarthrose durch eine Tätigkeit im Knien oder vergleichbarer Kniebelastung mit einer kumulativen Einwirkungsdauer während des Arbeitslebens von mindestens 13 000 Stunden und einer Mindesteinwirkungsdauer von insgesamt einer Stunde pro Schicht
22	Druckluft
2201	Erkrankungen durch Arbeit in Druckluft
23	Lärm
2301	Lärmschwerhörigkeit
24	Strahlen
2401	Grauer Star durch Wärmestrahlung
2402	Erkrankungen durch ionisierende Strahlen
3	Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten
3101	Infektionskrankheiten, wenn der Versicherte im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium tätig oder durch eine andere Tätigkeit der Infektionsgefahr in ähnlichem Maße besonders ausgesetzt war
3102	Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten
3103	Wurmkrankheit der Bergleute, verursacht durch Ankylostoma duodenale oder Strongyloides stercoralis
3104	Tropenkrankheiten, Fleckfieber
4	Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und Bauchfells
41	Erkrankungen durch anorganische Stäube
4101	Quarzstaublungenerkrankung (Silikose)
4102	Quarzstaublungenerkrankung in Verbindung mit aktiver Lungentuberkulose (Siliko-Tuberkulose)
4103	Asbeststaublungenerkrankung (Asbestose) oder durch Asbeststaub verursachte Erkrankungen der Pleura
4104	Lungenkrebs oder Kehlkopfkrebs <ul style="list-style-type: none"> • in Verbindung mit Asbeststaublungenerkrankung (Asbestose) • in Verbindung mit durch Asbeststaub verursachter Erkrankung der Pleura oder • bei Nachweis der Einwirkung einer kumulativen Asbestfaserstaub-Dosis am Arbeitsplatz von mindestens 25 Faserjahren $\{(25 \times 10^6 [(Fasern/m^3) \times Jahre])\}$

Nr.	Krankheiten
4105	Durch Asbest verursachtes Mesotheliom des Rippenfells, des Bauchfells oder des Pericards
4106	Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Aluminium oder seine Verbindungen
4107	Erkrankungen an Lungenfibrose durch Metallstäube bei der Herstellung oder Verarbeitung von Hartmetallen
4108	Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Thomasmehl (Thomasphosphat)
4109	Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Nickel oder seine Verbindungen
4110	Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Kokereirohgase
4111	Chronische obstruktive Bronchitis oder Emphysem von Bergleuten unter Tage im Steinkohlebergbau bei Nachweis der Einwirkung einer kumulativen Dosis von in der Regel 100 Feinstaubjahren [(mg/m ³) x Jahre]
4112	Lungenkrebs durch die Einwirkung von kristallinem Siliziumdioxid (SiO ₂) bei nachgewiesener Quarzstaublungenerkrankung (Silikose oder Siliko-Tuberkulose)
4113	Lungenkrebs durch polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe bei Nachweis der Einwirkung einer kumulativen Dosis von mindestens 100 Benzo[a]pyren-Jahren [(µg/m ³) x Jahre]
4114	Lungenkrebs durch das Zusammenwirken von Asbestfaserstaub und polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen bei Nachweis der Einwirkung einer kumulativen Dosis, die einer Verursachungswahrscheinlichkeit von mindestens 50 Prozent nach der Anlage 2 entspricht
4115	Lungenfibrose durch extreme und langjährige Einwirkung von Schweißrauchen und Schweißgasen (Siderofibrose)
42	Erkrankungen durch organische Stäube
4201	Exogen-allergische Alveolitis
4202	Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Rohbaumwoll-, Rohflachs- oder Rohhanfstaub (Byssinose)
4203	Adenokarzinome der Nasenhaupt- und Nasennebenhöhlen durch Stäube von Eichen- oder Buchenholz
43	Obstruktive Atemwegserkrankungen
4301	Durch allergisierende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen (einschließlich Rhinopathie), die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
4302	Durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
5	Hautkrankheiten
5101	Schwere oder wiederholt rückfällige Hauterkrankungen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können
5102	Hautkrebs oder zur Krebsbildung neigende Hautveränderungen durch Ruß, Rohparaffin, Teer, Anthrazen, Pech oder ähnliche Stoffe
6	Krankheiten sonstiger Ursache
6101	Augenzittern der Bergleute

3.1.9 Baustellen-Anzeigen

Arbeiten auf Baustellen sind besonders gefährlich und haben überdurchschnittlich häufig schwere Unfälle zur Folge.

Bau- und Montagearbeiten, deren geplanter Umfang 10 Arbeitsschichten übersteigt, sind spätestens 14 Tage vor Beginn der Arbeiten der Berufsgenossenschaft anzuzeigen.

Durch frühzeitige Kenntnis der geplanten Arbeiten erhält die Berufsgenossenschaft die Möglichkeit, den Arbeitsschutz auf Baustellen zu beeinflussen.

► Formblatt: Anzeige von Bau- und Montagearbeiten

Anzeige von Bau- und Montagearbeiten

Stand 02/2023

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Poststelle
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz
bau-montageanzeigen@bghm.de

Mitgl.-Nr.:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Ausführende Firma:			
Art der Arbeiten: (Beispiel: Hochregallager, Stahlbau, Dach- oder Fassadenarbeiten...)			
Auftraggeberin/Auftraggeber/ Bauherrin/Bauherr:			
1. Lage der Baustelle: Straße und Nr.: PLZ, Ort:			
2. Beginn der Arbeiten: Voraussichtliche Dauer der Arbeiten:			
3. Zahl der bei den Arbeiten durchschnittlich beschäftigten Personen (einschließlich der Beschäftigten aus Arbeitnehmerüberlassung und von Subunternehmen):			
4. Name und Telefonnummer der bauleitenden oder aufsichtführenden Person:			
5. Sind der bauleitenden oder aufsicht- führenden Person gemäß § 13 DGUV Vorschrift 1 die unternehmerischen Pflichten schriftlich übertragen worden?	ja	nein	Bemerkungen
6. Verfügt die bauleitende oder aufsicht- führende Person über die erforderliche Fachkunde gemäß § 3 DGUV Vorschrift 38?			
7. Wird der bauleitenden oder aufsicht- führenden Person eine schriftliche Montageanweisung gemäß § 4 DGUV Vorschrift 38 zur Verfügung gestellt?			
8. Sind ausreichend ausgebildete Ersthelfer und Ersthelferinnen auf der Baustelle gemäß § 26 DGUV Vorschrift 1 vorhanden?			
9. Sonstiges:			

....., den

.....
Stempel/Unterschrift

3.1.10 Montageanweisungen

Die Montageanweisung enthält alle erforderlichen sicherheitstechnischen Angaben für Montagearbeiten auf Baustellen.

Sie muss in schriftlicher Form vorliegen.

► Formblatt: Montageanweisung

Montageanweisung

gemäß DGUV Vorschrift 38 „Bauarbeiten“ § 4

für den Auftrag (Baustelle):

1 Allgemeines

Auftraggeber Bauherr:

Bauleiter/Aufsichtführender/Koordinator:

Beginn der Arbeiten:

Voraussichtliches Ende:

2 Beschreibung der Bauarbeiten (Montagefolge)*):

3 Sicherheitsmaßnahmen und -hinweise*)

3.1 beim Anschlagen, Transportieren, Lagern, Ein- und Ausbauen ... der Bauteile:

3.2 für die Tragfähigkeit und Standsicherheit des Bauwerks und seiner Teile (Nachweis kritischer Montagezustände):

3.3 für das Erstellen hochgelegener Verkehrswege und Arbeitsplätze (z. B. Aufstiege, Gerüste):

3.4 bei besonderen Gefahren (z. B. gleichzeitiges Arbeiten mehrerer Unternehmen, elektrischer Strom, Gefahrstoffe) und mögliche Schutzmaßnahmen (z. B. Persönliche Schutzausrüstung, Einweiser, Sicherungsposten, Hilfsmittel):

Datum:

MA erstellt von:

MA geprüft von:

*) Ergänzende Hinweise können auf separatem Blatt oder in Zeichnungen/Skizzen enthalten sein.

3.1.11 Anmeldung ODIN

Zwischen dem Umgang mit einem krebserzeugenden Gefahrstoff und dem möglichen Auftreten einer Berufskrankheit können viele Jahre liegen. Der bzw. die betroffene Beschäftigte hat den damaligen Tätigkeitsbereich u. U. längst verlassen oder ist bereits ganz aus dem Arbeitsleben ausgeschieden.

Damit auch in diesen Fällen die ggf. lebenslang erforderlichen ärztlichen Untersuchungen durchgeführt werden können, haben die Berufsgenossenschaften ODIN, den Organisationsdienst für nachgehende Untersuchungen, eingerichtet.

Das interaktive Formular finden Sie unter <http://www.odin-info.de/>

3.1.12 Freiwillige Unternehmer-Versicherung

Unternehmer sind nicht kraft Gesetzes gegen Unfälle bei der Arbeit und Berufskrankheiten versichert. Dies kann auch für mitarbeitende Ehepartner und Geschäftsführer gelten.

Der genannte Personenkreis hat aber die Möglichkeit, sich freiwillig bei der Berufsgenossenschaft zu versichern.

Einzelheiten erfahren Sie bei der Mitglieder- und Beitragsabteilung oder auf unserer Homepage www.bghm.de, Webcode 105.

3.1.13 Sonstiges

3.2.1 Besichtigungsprotokolle

3.2.2 Sonstiges

3.3.1 Vertrag

Der Leistungsumfang ergibt sich abhängig von der gewählten Betreuungsform nach den Regelungen der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2).

Vertragsbestandteile sollten u. a. sein:

- Rechtliche Grundlagen der Aufgabenwahrnehmung
- Übertragene Aufgaben
- Regelungen zur speziellen arbeitsmedizinischen Vorsorge
- Berichtspflicht
- Unterstützungsleistungen des Unternehmers bzw. der Unternehmerin bei der Erfüllung der betriebsärztlichen Aufgaben
- Haftungs- und Haftpflichtversicherungsumfang
- Honorarvereinbarung

3.3.2 Tätigkeitsberichte

Im Rahmen des Betreuungsvertrages ist der Betriebsarzt zur Dokumentation seiner Aufgaben in Form eines schriftlichen Tätigkeitsberichts verpflichtet.

Der Bericht sollte

- die ihm vom Unternehmer für den Berichtszeitraum übertragenen Aufgaben enthalten,
- im Einzelnen über die Ergebnisse seiner wahrgenommenen Aufgaben informieren,
- die geleisteten Einsatzzeiten dokumentieren und
- Perspektiven für die zukünftigen Aufgabenschwerpunkte

aufzeigen.

3.3.3 Schriftverkehr

3.3.4 Sonstige externe Beratung

3.4.1 Vertrag

Der Leistungsumfang ergibt sich abhängig von der gewählten Betreuungsform nach den Regelungen der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2).

Vertragsbestandteile sollten u. a. sein:

- Rechtliche Grundlagen der Aufgabenwahrnehmung
- Übertragene Aufgaben
- Berichtspflicht
- Unterstützungsleistungen des Unternehmers bei der Erfüllung der sicherheitstechnischen Aufgaben
- Haftungs- und Haftpflichtversicherungsumfang
- Honorarvereinbarung

3.4.2 Tätigkeitsberichte

Im Rahmen des Betreuungsvertrages ist die Fachkraft für Arbeitssicherheit zur Dokumentation ihrer Aufgaben in Form eines schriftlichen Tätigkeitsberichts verpflichtet. Der Bericht sollte die ihr vom Unternehmer für den Berichtszeitraum übertragenen Aufgaben enthalten, im Einzelnen über die Ergebnisse ihrer wahrgenommenen Aufgaben informieren, die geleisteten Einsatzzeiten dokumentieren und Perspektiven für die zukünftigen Aufgabenschwerpunkte aufzeigen.

3.4.3 Schriftverkehr

3.4.4 Sonstige externe Beratung

Im Rahmen ihrer Aufgaben im Arbeitsschutz werden Unternehmer/-innen immer wieder auf spezielle Fragestellungen stoßen, zu deren Lösung sie externe fachliche Beratung benötigen.

Hierüber sind Protokolle vorzuhalten.